

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 16. April 1953

Inhalt	
1. Personalien	
a) Krankmeldungen (S. 27)	
b) Entschuldigungen (S. 27)	
2. Bundesregierung	
a) Schriftliche Anfragebeantwortung 1 (S. 28)	
b) 2. Bericht des Bundesministeriums für Finanzen über Kreditüberschreitungen im Jahre 1952 und Bericht über die Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im Jahre 1952 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 28)	
c) Debatte über die Regierungserklärung vom 15. April 1953 Redner: Koplenig (S. 28), Dr. Pittermann (S. 33), Dr. Kraus (S. 40), Dr. Gorbach (S. 45) und Hartleb (S. 51)	
3. Ausschüsse	
Zuweisung der Anträge 1 bis 7 (S. 27)	
4. Regierungsvorlagen	
a) Hinausschiebung des Endes von Fristen zur Vorlegung inländischer Wertpapiere (2 d. B.) — Justizausschuß (S. 28)	
b) Bericht an den Nationalrat, betreffend österreichische Zollzugeständnisse an die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) (4 d. B.) — Zollausschuß (S. 28)	
c) Durchführung von Wahlen in den Landtag von Niederösterreich und in den Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien (5 d. B.) — Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform (S. 28)	
d) Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1953 (6 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 28)	
e) 5. Börsenfondsnovelle (7 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 28)	
f) Energieanleihegesetz 1953 (10 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 54)	
g) Sparbegünstigungsgesetz (11 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 54)	
5. Rechnungshof	
a) Schreiben des Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Schlegel, betreffend seine Amtsniederlegung (S. 28)	
	b) Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1952 (3 d. B.) — Rechnungshofausschuß (S. 28)
	Eingebracht wurden
	Anträge der Abgeordneten
	Reich, Köck, Prinke, Kranebitter, Altenburger u. G., betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes zum Schutze der Sittlichkeit (8/A)
	Reich, Prinke, Grubhofer, Dr. Oberhammer, Dr. Koren u. G., betreffend die Aufhebung der Einkommensgrenze für die Gewährung von Kinderbeihilfen nach dem Bundesgesetz vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 31/1950, Kinderbeihilfengesetz (9/A)
	Dr. Pfeifer, Kandutsch, Dr. Reimann, Zeillinger u. G., betreffend die Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten (10/A)
	Dr. Dipl.-Ing. Figl, Dipl.-Ing. Hartmann, Strommer, Leopold Fischer u. G., betreffend die Straßenverhältnisse in Niederösterreich (11/A)
	Anfragen der Abgeordneten
	Köck, Altenburger, Dr. Oberhammer u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Novellierung der Steuergesetze (10/J)
	Reich, Köck, Altenburger, Dr. Oberhammer u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Einberufung des beim Bundesministerium für soziale Verwaltung bestehenden Zentralausschusses für Jugendarbeitslosigkeit (11/J)
	Altenburger, Grubhofer, Reich u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Einführung vorbeugender sozialpolitischer Maßnahmen für die schulentlassene Jugend (12/J)
	Anfragebeantwortung
	Eingelangt ist die Antwort
	des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Schneeberger u. G. (1 A. B. zu 1/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes,
Zweiter Präsident Böhm.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abg. Böck-Greissau, Dr. Gschnitzer und Enge.

Entschuldigt haben sich die Abg. Doktor Tončić, Strommer, Griebner und Scheibenreif.

Den eingelangten Antrag 1/A der Abg. Marchner, Olah, Dr. Pittermann und Genossen, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Preisregelungsgesetzes, habe ich dem Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform zugewiesen;

den Antrag 2/A der Abg. Eibegger, Holzfeind, Freund, Aigner, Zechtl, Pözer, Populorum, Proksch, Preußler, Draxler und

Genossen, betreffend die vom Nationalrat der VI. Gesetzgebungsperiode beschlossenen Bundesverfassungsgesetze über die Aufhebung des Hemmungszeitraumes bei Vorrückungen ehemaliger minderbelasteter Personen im öffentlichen Dienst (640 d. B.), eine Belastetenamnestie (639 d. B.) und eine Vermögensverfallsamnestie (641 d. B.), habe ich dem Hauptausschuß zugewiesen;

den Antrag 3/A der Abg. Dr. Gschnitzer, Grubhofer, Dr. Oberhammer, Mittendorfer, Mädl, Dr. Koren und Genossen, betreffend Valorisierung der Beamtengehälter, habe ich dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen;

den Antrag 4/A der Abg. Slavik, Mark, Zechtl und Genossen, betreffend Abänderung des Wohnungsanforderungsgesetzes 1949, habe ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zugewiesen;

den Antrag 5/A der Abg. Proksch und Genossen auf Abänderung des Kinderbeihilfengesetzes (4. Novelle zum Kinderbeihilfengesetz), habe ich dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen;

den Antrag 6/A der Abg. Hartleb und Genossen, betreffend Schaffung eines Landwirtschaftsgesetzes, habe ich dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen;

den Antrag 7/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen auf Abänderung einiger Bestimmungen der Strafprozeßordnung habe ich dem Justizausschuß zugewiesen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage Nr. 1 der Abg. Schneeberger, Proksch, Spielbüchler und Genossen an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Arbeitslosenversicherung der Landarbeiter, durch den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung habe ich den anfragenden Mitgliedern übermittelt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Weikhart, um die Verlesung des Einlaufes.

Eingelangt ist ein Schreiben des Herrn Präsidenten des Rechnungshofes. Ich bitte den Schriftführer, dieses Schreiben zu verlesen.

Schriftführer Weikhart:

„Ich beehre mich mitzuteilen, daß ich mit Rücksicht auf mein hohes Alter am 2. Juni 1953 meine Stelle als Präsident des Rechnungshofes zurücklege.“

Dr. Schlegel“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich bitte den Schriftführer um die Verlesung des weiteren Einlaufes.

Schriftführer Weikhart: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die Hinausschiebung des Endes von Fristen zur Vorlegung inländischer Wertpapiere (2 d. B.);

Bericht an den Nationalrat, betreffend österreichische Zollzustände an die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) (4 d. B.);

Bundesverfassungsgesetz, betreffend die Durchführung von Wahlen in den Landtag von Niederösterreich und in den Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien (5 d. B.);

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1953 (6 d. B.);

Bundesgesetz, womit die Börsfondsnotelle vom 16. Juli 1925, BGBl. Nr. 240, neuerlich abgeändert wird (5. Börsfondsnotelle) (7 d. B.).

Der Rechnungshof legt den Tätigkeitsbericht für das Verwaltungsjahr 1952 vor (3 d. B.).

Das Bundesministerium für Finanzen legt den 2. Bericht an den Nationalrat über Kreditüberschreitungen im Jahre 1952 vor, ferner einen Bericht über die Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im Jahre 1952.

Es werden zugewiesen:

2 dem Justizausschuß;

3 dem Rechnungshofausschuß;

4 dem Zollausschuß;

5 dem Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform;

6 und 7 sowie die beiden Berichte des Bundesministeriums für Finanzen dem Finanz- und Budgetausschuß.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und kommen zur **Debatte über die Regierungserklärung.**

Zum Wort gemeldet hat sich als Redner kontra der Herr Abg. Koplenig. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Koplenig: Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler Raab hat sich gestern dem Parlament mit einer Regierungserklärung vorgestellt, die von der Bevölkerung ebenso mit Enttäuschung aufgenommen werden wird, wie die Bildung der neuen Regierung aufgenommen wurde. (*Abg. Machunze und Abg. Dengler: Von den fünf Prozent!*)

Die Berufung Raabs zum Bundeskanzler und die von ihm gebildete neue Regierung wurde in breiten Schichten der Bevölkerung mit tiefstem Mißtrauen aufgenommen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Belegschaften zahlreicher Betriebe, ohne Unterschied der Parteirichtung, haben klar und unzweideutig ihre Ablehnung des neuen Bundeskanzlers

und des durch ihn repräsentierten Regierungskurses zum Ausdruck gebracht. Große Teile der österreichischen Bevölkerung und besonders der Arbeiterschaft lehnen diese Regierung Raab-Schärf-Kamitz ab, weil sie sie als eine Regierung der verstärkten Reaktion auf politischem und sozialem Gebiet empfinden. *(Zwischenrufe.)*

Mit dem Namen Raab verbindet sich im Bewußtsein breiter Massen die Erinnerung an den Korneuburger Eid, an den Heimwehrfaschismus, an die blutigen Ereignisse des Jahres 1934, an jene Politik, die die Vernichtung der österreichischen Demokratie und die Auslieferung an den Hitler-Faschismus zur Folge hatte.

Daß heute eine Regierung Raab möglich ist, das zeigt die verhängnisvolle Entwicklung, die sich in Österreich in den letzten Jahren unter aktiver Mithilfe der SPÖ-Führer vollzogen hat. Wir erinnern uns daran, wie 1945/46, ja noch 1949 die ÖVP den Kanzler Figl als den Kanzler von Dachau auf den Schild gehoben hat, um den Anschein eines antifaschistischen demokratischen Regierungskurses zu erwecken. Heute ist man wieder so weit, daß man offen den Mann an die Spitze der Regierung stellt, in dem die gesamte arbeitende Bevölkerung die Verkörperung der sozialen Reaktion erblickt. *(Ruf bei der ÖVP: Den Dobretsberger kann man nicht hinstellen!)*

Raab repräsentiert nicht nur die faschistische Vergangenheit, sondern auch die kapitalistische Gegenwart; er ist der Vertreter des scharfmacherischen Unternehmertums, der Großkapitalisten und der Großverdiener. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Und deshalb ist es verständlich, wenn vor allem die Arbeiterschaft dieser Regierung keinerlei Vertrauen schenken kann, sondern sie als eine Herausforderung betrachtet.

Die Regierung, deren hervorstechendste Repräsentanten Raab und Kamitz sind, ist aber auch eine Verfälschung des Volkswillens, wie er bei den Wahlen am 22. Februar zum Ausdruck gekommen ist. Diese Wahlen haben bekanntlich der SPÖ einen bedeutenden Stimmenzuwachs gebracht und sie zur stärksten Partei in Österreich gemacht. *(Abg. Doktor Pittermann: Ihr habt das Gegenteil vorausgesagt! — Heiterkeit.)* Zwei Dinge waren es, die der SP zu diesem Erfolg verholfen haben: die Agitation gegen Kamitz und Kamitz-Plan und der schwarze Rabe der Reaktion, den sie an alle Wände gemalt hat. Für die SP-Führer waren die Wahlparolen gegen Kamitz-Plan und gegen Reaktion nichts anderes als Wahldemagogie, aber viele Wähler haben sie ernst genommen, und die Mehrheit der

Wähler in Österreich hat gegen Raab und gegen Kamitz gestimmt. *(Ruf bei der ÖVP: Euch haben die Wähler nicht ernst genommen!)*

Am 24. Februar, also nach den Wahlen, schrieb die „Arbeiter-Zeitung“: Das Volk hat den Raab-Kamitz-Kurs abgelehnt. Über dieses Urteil hat sich die SP-Führung aber einfach hinweggesetzt, und als Ergebnis des Wahlsieges haben wir die Regierung Raab-Schärf-Kamitz bekommen, eine Regierung, die den vom Volk abgelehnten Raab-Kamitz-Kurs durchführen soll.

Bei der Bildung dieser Regierung, die im Gegensatz zum Willen der Mehrheit der Bevölkerung steht, hat auch der VdU als Werkzeug der Reaktion eine wichtige Rolle gespielt. Daß dem VdU auch bei der Durchführung des Regierungskurses eine wichtige Rolle zugeordnet ist, das zeigt die Belohnung, die ihm für seine Dienste schon jetzt gegeben wurde. Die Wahl Hartlebs zum Dritten Präsidenten des Nationalrates, die verstärkte Vertretung des VdU im Hauptausschuß und in allen anderen parlamentarischen Ausschüssen, die Mandate in verschiedenen Landesregierungen, Stadträten usw., das alles zeigt, daß der VdU jetzt offiziell ein Teil des Regierungslagers ist *(Abg. Weikhart: Deswegen liegt er draußen!)* und daß es sich dabei nicht nur um einen Pakt zwischen Raab und dem VdU handelt, sondern daß an diesem Geschäft auch die andere Regierungspartei beteiligt ist. Das kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß dem VdU auch Funktionen in den Leitungen von Arbeiterkörperschaften, wie Sozialversicherungsinstituten, eingeräumt wurden. *(Abg. Dr. Kraus: Zustehen!)* Kein Raab und kein Kamitz konnte die Präsidenten der Arbeiterkammern, die samt und sonders der SP angehören, dazu zwingen, VdUler als Leitungsmitglieder von Sozialversicherungsinstituten zu bestellen. Das konnte nur der SP-Vorstand, der damit bewiesen hat, daß er an diesem ganzen Postenschacher mitbeteiligt ist. Im Grunde genommen waren sich ÖVP- und SPÖ-Führung von allem Anfang an sowohl über die Bildung der Regierung als auch über das Programm der neuen Regierung einig. Niemand hätte der SP-Führung den Raab und den Kamitz aufzwingen können, wenn sie wirklich entschlossen gewesen wäre, gegen Reaktion und Kamitz-Plan zu kämpfen, so wie es ihre Wähler wollen.

Zu der Regierungserklärung, die gestern von Bundeskanzler Raab verlesen wurde, kann man nur sagen, daß sie das Wesentliche verschwiegen hat. Die wesentlichsten Punkte des Regierungsprogramms wurden schon vor den Wahlen und auch unmittelbar nach den Wahlen vom

Innenminister Helmer am klarsten formuliert, als er sagte, daß jetzt schwere Zeiten kommen.

Was bedeutet das, wenn Helmer von schweren Zeiten spricht? Das kann jedenfalls nicht bedeuten, daß die Regierungsparteien beabsichtigen, ihre Wahlversprechen durchzuführen: die Vollbeschäftigung, die Volkspension, die Garantie der Renten, die Senkung der Preise, den Ausbau der sozialen Rechte usw. Die schweren Zeiten Helmers bedeuten vielmehr Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Entlassungen, Kurzarbeit, Verurteilung hunderttausender junger Menschen zu Arbeitslosigkeit und Berufslosigkeit, sie bedeuten Fortdauer der Hungerrenten und weitere Rentenentziehungen. Die schweren Zeiten, von denen Helmer spricht, bedeuten, daß die Regierung nicht daran denkt, die unerträglichen Massensteuern zu senken, daß sie nicht daran denkt, die Kriegslohnsteuer abzuschaffen. Die schweren Zeiten Helmers bedeuten also keine Hebung des Lebensstandards der breiten Massen des Volkes, sondern im Gegenteil eine weitere Senkung des Lebensstandards, Not, Elend und Hunger für viele Hunderttausende.

Und das alles ist das Ergebnis der gemeinsamen Politik der ÖVP und SPÖ, der Politik der Ausrichtung und Unterordnung unserer ganzen Wirtschaft unter die amerikanische Rüstungspolitik, die unser Land zum Lieferanten billigen Stroms und billiger Rohstoffe an die Westmächte macht und entscheidende Teile unserer Fertigwarenindustrie und unseres Gewerbes ruiniert und zugrunde richtet. Die gesamte Politik ist darauf gerichtet, Österreich noch stärker und noch aktiver in die Rüstungspläne der Westmächte einzugliedern. Kamitz hat bereits, ohne das Parlament zu befragen, die Mitgliedschaft zur Europäischen Zahlungsunion erneuert, Landwirtschaftsminister Thoma hat dienstbeflissen den Beitritt Österreichs zur Agrarunion angemeldet; zu derselben Agrarunion, die von Ländern wie England und anderen abgelehnt wird, weil sie ausschließlich dazu bestimmt ist, den USA auf Kosten Europas höhere Getreidepreise zu sichern und die europäische Landwirtschaft im Interesse Amerikas zu ruinieren.

Zur gleichen Zeit werden Verhandlungen über die Eingliederung der verstaatlichten Betriebe und der Schwerindustrien in die Montan-Union und über die Auslieferung unserer Wasserkräfte an ausländische Kapitalisten geführt. Außenminister Gruber bereitet sich für eine Reise nach Bonn vor, wo er unter anderem auch über die Rückgabe von Betrieben an das deutsche Kapital verhandeln soll.

Alle diese Maßnahmen stehen im krassen Widerspruch zu den Interessen unseres Landes und zu den Interessen der breiten Volksmassen.

Das ist der Grund dafür, warum die Regierungsparteien den antidemokratischen Kurs verschärfen. Ausdruck dieses antidemokratischen Kurses ist nicht nur die Zusammensetzung der Regierung und die Einschaltung des VdU bei der Durchführung des Regierungsprogramms, sondern auch die Verstärkung des Gesinnungsterrors und des Gesinnungszwanges in den verstaatlichten Betrieben, inden Gewerkschaften usw. (*Abg. Sebingner: Pauker-Betrieb!* — *Abg. Frühwirth: Sie meinen die USIA-Betriebe!*) Ja, darüber werden Ihnen die Abgeordneten Skritek und Olah vielleicht besser Auskunft geben können, die neben ihrer Funktion als Abgeordnete noch die Sonderfunktion haben, den Kalten Krieg in der sowjetischen Zone Österreichs zu organisieren. (*Abg. Dr. Pittermann: Olah als Atombombe!* — *Abg. Sebingner: Olah als Generalstabschef!*)

Die Tatsachen der letzten Wochen beweisen zur Genüge, daß die SP-Minister kein Schutz sind gegen politische und soziale Reaktion, sondern daß die SP-Führung für diese Entwicklung die volle Verantwortung trägt, ja daß sie nach diesen Wahlen noch mehr als bisher die Hauptstütze des Regierungskurses ist. Aber die SP-Führer täuschen sich, wenn sie glauben, daß es ihnen durch Gesinnungsterror und Gesinnungszwang, durch antidemokratische Methoden in den Gewerkschaften, durch Erpressungen an Arbeitern und Angestellten in den verstaatlichten Betrieben gelingen wird (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), die Massen einzuschüchtern und die Arbeiter gegeneinander zu hetzen.

Die Arbeiter, auch die sozialistischen Arbeiter, stehen der Regierung Raab-Schärf-Kamitz mit größtem und berechtigtem Mißtrauen gegenüber, und sie werden sich durch nichts abhalten lassen, den Kampf gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen dieser Regierung, gegen Reaktion und gegen Kamitz-Plan zu führen. (*Abg. Sebingner: Das ist eine alte Walze!*)

Die neue Regierung hat sich in einem Moment vorgestellt, wo sich in der internationalen Lage bedeutsame Veränderungen abzeichnen. Die Regierung der Sowjetunion hat in den letzten Wochen eine Reihe von Schritten unternommen, die die Worte des Ministerpräsidenten Malenkov unterstreichen, daß es keine Frage gibt, die nicht auf dem Wege von Verhandlungen durch die Verständigung der Mächte gelöst werden könnte. Diese Initiative hat in Korea bereits konkrete Ergebnisse gezeitigt, und die Völker der ganzen Welt schöpfen daraus neue Hoffnung, daß dem Kalten Krieg ein Ende gesetzt und der Frieden gesichert wird. Niemand kann bestreiten, daß Österreich ganz besonders an der weltpolitischen Entspannung, an der Beendigung des Kalten

Krieges durch eine Politik der Verständigung interessiert ist; denn damit hängt ja unmittelbar die Frage des Staatsvertrages zusammen, der uns den Abzug der Besatzungstruppen bringt und die Wiederherstellung und Sicherung unserer Unabhängigkeit ermöglicht. Wir Abgeordnete der Volksopposition sind überzeugt, daß jetzt eine ernste Chance für den Staatsvertrag besteht, und wir halten es für die Pflicht des Parlaments und der Regierung, alles Erdenkliche zu tun, um diese Chance nicht zu verderben.

Die vom Außenminister Gruber vertretene Außenpolitik Österreichs beruht auf der fixen Idee von der zunehmenden Stärke Amerikas, auf der unsinnigen Spekulation, Amerika könne, gestützt auf den Atlantik-Pakt, auf den Europa-Vertrag, auf die Wiederaufrüstung Westdeutschlands usw. der Sowjetunion seine Bedingungen diktieren. Diese Politik hat schon bisher zu nichts geführt als zu einer zunehmenden wirtschaftlichen Belastung Österreichs, zur Fortdauer des Besatzungsregimes, zu einer gefährlichen Verstrickung unseres Landes in die weltpolitischen Konflikte, und in letzter Konsequenz ist diese Politik auf den Krieg ausgerichtet. Wenn man wirklich eine Lösung der österreichischen Frage will, dann muß man nicht nur jeden Schritt in der Richtung einer Verständigung der Großmächte unterstützen, sondern man muß selbst etwas dazu beitragen, um eine solche Verständigung zu erreichen. (*Abg. Altenburger: Hiefür sind Sie am wenigsten berufen! — Abg. E. Fischer: Das ist Aufgabe der Regierung!*)

In dieser Situation, wo sich auf internationalem Gebiet bestimmte Veränderungen abzeichnen, hätte man von einer neuen Regierung erwarten können, daß sie in ihrer Regierungserklärung konkret auf die entscheidenden Fragen der österreichischen Außenpolitik antwortet: Was gedenkt die österreichische Regierung zu tun, um mitzuhelfen, dem Kalten Krieg ein Ende zu setzen? Wird der bisherige Kurs der Einbeziehung Österreichs in die amerikanische Rüstungspolitik mit ihren verheerenden Folgen für die österreichische Wirtschaft fortgesetzt? Wird die österreichische Regierung ihre Erklärung, den bis auf wenige Punkte fertiggestellten Staatsvertrag niemals anzunehmen, endlich widerrufen? Was wird die österreichische Regierung tun, um angesichts der Massenarbeitslosigkeit die einseitige Beschränkung des Außenhandels aufzuheben, die für Österreich notwendigen wirtschaftlichen Beziehungen mit den Oststaaten Europas auszubauen und zu erweitern? Auf diese konkreten Fragen hat die Regierungserklärung keine Antwort gegeben.

Nur mit größter Besorgnis kann man feststellen, daß der neue Bundeskanzler besonders enge

Beziehungen zum VdU unterhält, der bekanntlich die Interessen des westdeutschen Rüstungskapitals in Österreich vertritt. (*Ironische Heiterkeit bei den Unabhängigen.*) Westdeutschland ist zum entscheidenden Stützpunkt der amerikanischen Kriegspläne in Europa geworden. (*Abg. Dr. Reimann: Welche Interessen vertritt ihr?*) In dem Augenblick, in dem sich die Möglichkeit friedlicher Lösungen ankündigt, ist Herr Adenauer nach Amerika gefahren und hat dort entschieden erklärt, daß er bei einer friedlichen Lösung nicht mitmache, daß Westdeutschland keine Verständigung mit der Sowjetunion wünsche. Zum Unterschied von breiten Kreisen in England und Frankreich, die eine Entspannung befürworten, ist Adenauer für eine Verschärfung des Kalten Krieges eingetreten und hat damit zu erkennen gegeben, daß die westdeutsche Regierung heute an der Spitze der zum Krieg treibenden Kräfte in Europa steht. Bei den Völkern Europas festigt sich immer mehr die Überzeugung, daß hinter dem ganzen Gerede vom vereinigten Europa, hinter Europa-Vertrag, Europa-Armee usw. nichts anderes steckt als der Plan, den deutschen Militarismus in seiner ganzen Gefährlichkeit wiedererstehen zu lassen. Es ist daher für Österreich eine Lebensfrage, sich von der Politik Adenauers zu distanzieren und nicht mit Westdeutschland in einen Topf geworfen zu werden.

Wir müssen leider feststellen, daß einflußreiche Kräfte am Werke sind, um Österreich an Westdeutschland zu ketten. Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich auch hinter der Schaffung eines parlamentarischen Europa-Ausschusses nichts anderes verbirgt als die Absicht, Österreich mit der westdeutschen Politik noch enger zu verknüpfen. Es muß der Regierung klar sein, daß jede Annäherung an die aggressivste Macht, die es heute in Europa gibt, nur geeignet wäre, die große Chance für unser Land und Volk zu verderben.

Was müßte getan werden, um diese Chance Österreichs zu nützen? In den letzten Tagen wurde selbst in maßgebenden englischen Zeitungen festgestellt, daß der sogenannte Kurzvertrag ein Hindernis der Verständigung über den österreichischen Staatsvertrag ist. Diese Feststellung ist eine Verurteilung der Politik der Regierung, die sich gegen den Staatsvertrag und für diesen Skelettvertrag ausgesprochen hat. Wir sind der Auffassung, daß gerade in der gegenwärtigen Situation die österreichische Regierung die Gelegenheit ergreifen müßte, um mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die Westmächte den Kurzvertrag zurückziehen, um dieses Hindernis des Staatsvertrages zu beseitigen. Wir sind der

Auffassung, daß in der gegenwärtigen Situation die Regierung praktische Schritte unternehmen müßte, um völlig klarzustellen, daß Österreich entschlossen ist, sich keinem Mächteblock anzuschließen, daß sie jede Einbeziehung Österreichs in die westlichen Rüstungspläne, in den Atlantikpakt-Block, in die Europa-Union oder sonstige Kombinationen dieser Art entschieden ablehnt. Die Regierung müßte vollständig klarmachen, daß sie entschlossen ist, mit der einseitigen Orientierung der Außen- und Handelspolitik zu brechen und eine Politik der konsequenten Neutralität durchzuführen.

Wir haben in der letzten Zeit und auch in der Regierungserklärung von Frieden und Freundschaft mit unseren Nachbarn gehört. Aber diese Worte bleiben leere Phrasen, wenn die Tatsachen mit ihnen in Widerspruch stehen. Wer zum Frieden und zur Verständigung beitragen will, muß Schluß machen mit dem Kalten Krieg im eigenen Lande. Ich denke hier vor allem an die Presse der Regierung und der Regierungsparteien. In der letzten Zeit hat diese Presse — allen voran die SP-Presse — gezeigt, daß ihr kein Mittel zu schlecht, keine Verleumdung zu schmutzig und keine Lüge zu niederträchtig ist, um den Haß gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zu schüren. Diese Presse ist nicht davor zurückgeschreckt, an Männern, deren Namen hunderte Millionen von Menschen in der ganzen Welt verehren, Leichenschändung zu begehen. Sie hat auf diesem Gebiet selbst die amerikanischen Rekorde gebrochen. Es charakterisiert die Verantwortung der Regierung für diese Hetze, daß sich in den letzten Tagen zu den Blättern der Regierungsparteien auch das offizielle Regierungsorgan, die amtliche „Wiener Zeitung“, gesellt hat. Verstehen die Herren nicht, daß diese Hetz- und Haßartikel alle offiziellen Erklärungen und Beteuerungen von Frieden und Verständigung als unaufrichtig und verlogen enthüllen?

Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten der Österreichischen Volksopposition vertreten in diesem Hause 230.000 Männer und Frauen, die sich durch keine Verleumdung und keinen Druck einschüchtern ließen und der einzigen oppositionellen Kraft in unserem Lande ihre Stimme gegeben haben. Es war der eingestandene Plan der verbündeten Regierungsparteien, die Opposition aus diesem Hause zu verdrängen. Aber dieser Plan ist gescheitert, und die Abgeordneten der Volksopposition werden die den Wählern gegenüber übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben nur bestätigt, was die Volksopposition vor

den Wahlen gesagt hat. Die wirtschaftliche Lage wird immer drückender, Massenentlassungen und Kurzarbeit dehnen sich aus, statt Preissenkungen wurde der Preis für die Milch erhöht, und weitere Preissteigerungen werden bereits angekündigt. Statt einer Senkung der unerträglichen Massensteuern bereitet die Regierung neue Steuergeschenke für die Reichsten vor, statt der notwendigen Rentenerhöhungen hagelt es Bescheide über Entzug und Kürzungen von Renten. Statt einer angemessenen Dotierung von Wissenschaft und Kunst wird der Schandzustand des Jahres 1952 verlängert, und der Bundeskanzler verweist die Wissenschaft auf die Mildtätigkeit der Privatwirtschaft. Auf allen Gebieten treten die Koalitionsparteien ihre Wahlversprechungen schon jetzt in den Staub.

Diese Entwicklung bestätigt nicht nur die Richtigkeit des Programms der Volksopposition, sondern sie zeigt auch den Massen, wie notwendig es ist, sich zum Widerstand gegen die Politik der Regierung zu vereinigen. Darum hat die Leitung der Volksopposition beschlossen, die enge Zusammenarbeit der ihr angehörenden Organisationen beizubehalten und zu verstärken.

Die im Koalitionspakt festgelegte und in der Regierungserklärung nur zum Teil bekanntgegebene Politik der Regierung Raab-Schärf-Kamitz enthüllt, daß diese Regierung nicht daran denkt, den bisherigen Weg zu verlassen, sondern den arbeitenden Menschen in Stadt und Land neue, noch größere Lasten und Opfer aufzubürden. Die Regierungserklärung zeigt vor allem, daß der verhängnisvolle Kurs der Unterordnung Österreichs unter die amerikanische Rüstungspolitik verstärkt fortgesetzt werden soll. Demgegenüber betrachtet die Volksopposition die Abkehr vom bisherigen Kurs, die Heraushaltung unseres Landes aus dem Kalten Krieg, aus allen Kriegsvorbereitungen, Pakten und Bündnissen durch eine Politik unbedingter Neutralität als entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Sicherheit, für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg unseres Volkes.

Abschließend erlaube ich mir dem Hause folgenden Entschließungsantrag vorzulegen und bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Das österreichische Parlament begrüßt die Bemühungen zur Entspannung der weltpolitischen Situation, weil nur die Verständigung der Großmächte unserem Land den Staatsvertrag, das Ende der Besetzung und die volle Unabhängigkeit bringen kann. Das Parlament fordert die Regierung auf,

alles zu tun, die Chance für Österreich zu nützen. Die Regierung wird aufgefordert, von den Westmächten die Zurückziehung des Kurzvertrages zu verlangen, der ein Hindernis auf dem Wege des Staatsvertrages ist. Die Regierung wird ferner aufgefordert, den Großmächten unmißverständlich klarzumachen, daß Österreich entschlossen ist, eine Politik der strikten Neutralität durchzuführen, keinerlei einseitige politische oder wirtschaftliche Bindungen einzugehen und im Interesse des Friedens freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern anzustreben. Das Parlament ist überzeugt, daß eine solche Politik der weltpolitischen Entspannung dient und es möglich macht, den Staatsvertrag zu erreichen.

Präsident: Der Antrag des Herrn Abg. Koplenig trägt nicht die nach § 16 der Geschäftsordnung erforderlichen acht Unterschriften. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage und bitte diejenigen Frauen und Herren, die dem Antrage beitreten, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Der Antrag ist nicht genügend unterstützt; er steht daher nicht zur Debatte.

Zum Wort hat sich ferner gemeldet als Redner pro der Herr Abg. Dr. Pittermann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich weiß eigentlich nicht genau, für wen der Herr Abg. Koplenig hier gesprochen hat: für die Volksopposition oder schon wieder für den Linksblock oder gar für die Kommunistische Partei Österreichs; denn es sind immer dieselben Herren, die unter verschiedenen Namen hier im Saal aufgetreten sind. Nur hat bei der letzten Wahl das österreichische Volk in Opposition zur sogenannten Volksopposition den später hinzugekommenen Anhänger Scharf wieder abgehängt. *(Heiterkeit.)* Es sind also die „Kleinen Vier“ des Nationalrates wieder in der ursprünglichen Zusammensetzung. *(Heiterkeit.)* — **Abg. Honner:** Aber wir sind da!

Auch die Reden sind die gleichen geblieben wie immer: eine deutsche Übersetzung des Wolgaliedes in Prosa *(erneute lebhaft Heiterkeit)*, nur heute etwas kürzer, Herr Kollege Koplenig! Ist das vielleicht eine Friedensgeste? Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten der Kommunistischen Partei, bei jedem Richtungswechsel in Moskau mit dem Gesinnungswechsel in Österreich rasch genug nachzukommen. *(Heiterkeit bei den Sozialisten.)* — *Zwischenrufe.)*

Die Kommunisten bezeichnen heute die Person des Herrn Bundeskanzlers Raab als untragbar. Das kann nicht immer ihre Meinung

gewesen sein, denn im Jahre 1945 haben sie doch den heutigen Herrn Bundeskanzler als Staatssekretär für Handel und Wiederaufbau in die Provisorische Staatsregierung genommen. Alle Gesetze der Provisorischen Staatsregierung tragen neben der Unterschrift Raab auch die Unterschriften Koplenig, Honner, Fischer. Aber nicht nur in der Blütezeit der Provisorischen Staatsregierung war das so, auch später noch war der heutige Herr Bundeskanzler ein den Herren der Kommunistischen Partei durchaus genehmer Packelpartner. *(Heiterkeit.)*

Die 54. Sitzung des Nationalrates vom 11. Juni 1947 brachte aufschlußreiche Enthüllungen des kommunistischen Abg. Ernst Fischer über Verhandlungen mit Ing. Raab und anderen Funktionären der ÖVP. Fischer erklärte unter anderem, daß er mit Ing. Raab über die Umbildung der damaligen Regierung und über Personenauswechslungen verhandelt habe. Damals war Herr Fischer und der Kommunistischen Partei die politische Vergangenheit des heutigen Herrn Kanzlers kein Hindernis. *(Abg. Weikhart: Vielleicht haben sie sie noch nicht gekannt! — Zwischenrufe bei der Volksopposition.)* Aus den eigenen Worten des Herrn Fischer konnte man entnehmen, daß bei den seinerzeitigen Unterredungen weder die Anrede „alter Heimwehfaschist“ gewählt, noch der Korneuburger Eid erwähnt wurde. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Welches moralische Recht haben denn die Kommunisten noch, irgendeinem Österreicher die politische Vergangenheit vorzuhalten, seitdem sie selbst den ehemaligen Schuschnigg-Minister Doktor Dobretsberger zum Spitzenkandidaten der Kommunistischen Partei gemacht haben? *(Starker Beifall bei der SPÖ.)* Denselben Herrn Dobretsberger, der in seinem Buch „Vom Sinn und Werden des neuen Staates“ nach dem Februarunglück des Jahres 1934 wörtlich geschrieben hat:

„Der autoritäre Staat in seiner einfachsten Form, der Ermächtigungsdiktatur, ist eine Absage an den Rechtsformalismus und ein Bekenntnis zum lebendigen Recht, nicht allein zwangsläufig deshalb, weil er auf revolutionärem Wege ins Leben getreten ist, sondern schon deshalb, weil er sich grundsätzlich auf den Boden der Dynamik stellt, wie dies Mussolini und Bortolotto verkündet haben.“

Die Kommunisten haben also den österreichischen Wählern in der Person des Herrn Dobretsberger einen Mann empfohlen, der die Kanonenschüsse gegen Arbeiterheime und gegen Wohnungen und die Galgen, an denen die Freiheitskämpfer hingen, als revolutionären Weg der Staatsgründung gepriesen hat. Sie haben einen Mussolini-Verehrer zum Spitzen-

kandidaten gemacht und damit jedes Recht verwirkt, über die politische Vergangenheit irgendeines Österreicherers moralisch entrüstet zu sein. (*Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Honner: Lesen Sie vor, was die „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben hat! — Abg. Koplenig: Was haben Sie vor den Wahlen gesagt? Die Plakate kleben noch an allen Wänden!*)

Nach allen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und seiner Parteifreunde über die künftige Zusammenarbeit mit den Sozialisten haben wir besonderes Gewicht auf eine klare und deutliche Vereinbarung mit der ÖVP gelegt. (*Andauernde Zwischenrufe bei der Volksopposition. — Abg. Koplenig: Die Wahlplakate kleben noch überall! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Entgegen allen Behauptungen journalistischer und sonstiger Besserwisser stelle ich fest, daß die Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen der SPÖ und der ÖVP für einseitiges Zusammengehen einer der beiden Parteien mit anderen Parteien des Hohen Hauses keinen Platz lassen. Nur wenn beide Parteien bei einem bestimmten Anlaß vorher darüber einig werden, die Abstimmung im Parlament, also im Nationalrat wie auch im Bundesrat, freizugeben, können sich auch die anderen Parteien des Hauses an der Mehrheitsbildung beteiligen. (*Zwischenrufe.*)

Es ist uns aber auch bekannt, daß zwischen ÖVP und VdU eine Sondervereinbarung besteht, deren Punkt 4 lautet: „Zur Koordination der Politik der beiden Parteien“ — also ÖVP und VdU — „wird ein ständiges Kontaktkomitee eingesetzt, das mindestens 14tägig zu tagen hat. Diese Zusammenarbeit schließt Spezialvereinbarungen der beiden Vertragspartner mit der SPÖ aus.“

Wenn man die 10 Punkte dieser Vereinbarung durchliest, so muß man feststellen, daß die Herren der VdU-Führung ihr Wahlprogramm an die ÖVP direkt zu Okkasionspreisen veräußert haben. (*Schallende Heiterkeit.*) Der Verkauf hat sich aber bisher lediglich für Herrn Hartleb gelohnt, für den die politische Karitas der ÖVP postenbringend war. (*Lebhafte Heiterkeit. — Abg. Herzele: Abwarten!*) Die übrigen Herren der VdU-Führung haben vorerst etwas schlechter abgeschnitten.

Wir haben als Sozialisten von allem Anfang an erklärt, daß wir keinen stichhältigen Grund sehen, den VdU nach dem Wahlausgang in die Regierungsbildung einzubeziehen. Der VdU ist als Oppositionspartei in die Wahlen gegangen und hat von den österreichischen Wählern eine nicht abzustreitende Ablehnung erfahren. Das sieht man auch, wenn man den Teil des Hauses überblickt, der dem VdU

zugewiesen ist. Man ist direkt versucht, hier einen berühmten Buchtitel zu variieren und zu sagen: „Raum ohne Volk“. (*Lebhafte Heiterkeit. — Abg. Stendebach: „Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen!“*) Und aus Empörung über diesen für den VdU blamablen Wahlausgang hat dann allerdings der Herr Abg. Dr. Reimann in der Presse des VdU die beiden jetzigen Regierungsparteien und die österreichische Bevölkerung auf das gröblichste beschimpft. Er warf ihr politische Instinktlosigkeit vor, sprach ihr jede halbwegs politische Begabung ab und erfrechte sich zu folgender Schmähung: „Die österreichische Bevölkerung wählt und mästet ihre Henker gleichzeitig.“

Wir wollen anderen Parteien nicht vorschreiben, was sie als Parteihre empfinden. Wir Sozialisten lehnen jedoch mit aller Entschiedenheit Verhandlungen mit einer Parteiführung ab, die uns als Henker bezeichnet. (*Rufe bei der VdU: Aber nur in Wien!*)

Die Herren Dr. Kraus, Reimann, Stendebach und Konsorten vom VdU haben allerdings hier bei anderen Stellen mehr Entgegenkommen gefunden. Sie hatten bei diesen Wahlen zwar den Akkord ihrer Wahlreden so nach der Melodie: „Deutschland, Deutschland über alles“ abgestimmt gehabt, aber nach der Wahl sang man dann im Führerhauptquartier des VdU mit einem neuen Text: „Die Pfründen hoch, die Posten sind gesichert!“ (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Der Herr Dr. Kraus hat bis heute noch nicht auf den Vorwurf des seinerzeitigen Abg. Aichhorn reagiert, er, Dr. Kraus, habe in Bayern Otto von Habsburg zugesagt, daß er, Dr. Kraus, und der VdU sich hier im Parlament dafür einsetzen würden, daß die Habsburger-Gesetze aufgehoben werden und Otto von Habsburg nach Österreich zurückkehren darf. (*Abg. Doktor Kraus: Märchentante!*) Bei der Anglobung hat dann Dr. Kraus wie alle anderen Abgeordneten den Eid auf die Republik abgelegt. (*Abg. Dr. Kraus: Märchentante Pittermann!*)

Die sozialistische Fraktion schließt sich dem Dank des Herrn Bundeskanzlers an die vorhergegangenen Bundesregierungen und ihre Kanzler Dr. Renner und Ing. Figl an.

Die sozialistische Fraktion unterstützt mit ganzer Kraft die den Grundsätzen der bisherigen folgende Außenpolitik der neuen Bundesregierung. Wir Sozialisten sehen allerdings weniger Grund zum Optimismus für Österreich als der Herr Bundeskanzler. Die Sozialisten sind auch nicht gewillt, etwaige kleine Abschlagszahlungen in Form von Erleichterungen des Kontrollabkommens als Abgeltung der bisher uneingelösten Zusage der vier Großmächte in der Moskauer Deklaration hinzunehmen.

Wir Sozialisten empfinden gegen keine der vier Besatzungsmächte eine besondere politische Abneigung, wir haben uns aber auch nie gescheut festzustellen, daß die Handhabung der Besatzung durch das russische Element für das österreichische Volk besonders drückend und für die österreichische Wirtschaft besonders schädigend ist. Wir Sozialisten verstehen aber nicht, warum die Großmacht der Sowjetunion dem österreichischen Volk das Recht auf die verstaatlichten Betriebe in der Russenzone und dem österreichischen Staat das Recht auf die Kontrolle und auf die Steuereinhebung der Russenbetriebe verweigert. Wir verstehen auch nicht, warum man die letzte Amnestie in der Sowjetunion nicht auch bedingungslos auf alle jene Österreicher ausgedehnt hat, die mit der russischen Besatzungsmacht, wegen meist unbedeutender Vergehen, in Konflikt gekommen sind. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Wir verstehen ebensowenig, warum nicht die Sowjetunion anlässlich der Feier des Tages der achtjährigen Besetzung Österreichs durch alliierte Truppen wenigstens die letzten Kriegsgefangenen Österreichs heimgeschickt hat. *(Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)*

Wir unterstreichen daher die vom Herrn Kanzler neuerlich erhobene Forderung des ganzen österreichischen Volkes nach Abschluß eines Vertrages mit Österreich, der die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit Österreichs bringt. Von seiten der Republik Österreich droht niemandem eine Gefahr des Angriffs, der Vergewaltigung oder gar des Krieges. Aber das österreichische Volk läßt sich auch von niemandem vorschreiben, wie es sein friedliches Zusammenleben mit anderen einrichtet. Wir Sozialisten sehen in dem Wort „Neutralität“ lediglich dann eine lügenhafte Verdrehung, wenn darunter nichts anderes gemeint ist als Unterwerfung unter die Befehle einer fremden Macht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir vermissen in der Regierungserklärung des Herrn Kanzlers ein Bekenntnis zum Gedanken des friedlichen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Völker und Staaten. Wir Sozialisten begrüßen alle Bestrebungen zum friedlichen Zusammenschluß der europäischen Völker, zur Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen in Europa und zur dauernden Sicherung des Friedens auf dem europäischen Kontinent.

Das österreichische Volk hat unter der Regierung der beiden großen Parteien gezeigt, daß es möglich ist, auch als schwaches und entwaffnetes Volk, zum Teil sogar in einem von der russischen Armee besetzten Land, dem

Druck der kommunistischen Gewaltdrohungen sowie den Verlockungen einer Lügenpropaganda wirksam zu widerstehen. Dafür hat das österreichische Volk schon bisher außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen.

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten und der sogenannte Mittelstand in Österreich gehören zu den niedrig entlohten Schichten der europäischen Beschäftigten dieser Art. Die Kosten der Besatzung, aber vor allem der Schaden durch die unbezahlte Entnahme wertvoller Bodenschätze, wie Erdöl, oder Rohstoffe, wie Holz, die Verweigerung der Steuerzahlung durch Besatzungsbetriebe vor allem in der russischen Zone, die Warenein- und -ausfuhr durch Besatzungsmächte ohne Entrichtung der Zölle schädigen die österreichische Volkswirtschaft um mindestens 3 Milliarden Schilling jährlich; das sind nach dem gegenwärtigen Umrechnungskurs der Nationalbank rund 145 Millionen Dollar.

Wir fordern daher die Fortsetzung der Auslandshilfe nicht als einen Bettel, sondern als einen Beitrag zu den Lasten für die Verteidigung der Demokratie, die das österreichische Volk auf sich genommen hat. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* Niemand wäre glücklicher als das österreichische Volk, wenn ihm die Befreiung von seinen Besatzern endlich auch die Befreiung von den Besatzungskosten bringen würde. *(Erneuter Beifall bei den Sozialisten.)* Bis zu diesem Zeitpunkt, dessen Bestimmung allerdings nicht vom österreichischen Volk abhängt, kann jedoch auf eine wirksame Auslandshilfe ohne Gefährdung der bisherigen Errungenschaften nicht verzichtet werden.

Hohes Haus! Das Wiedererstehen der demokratischen Republik Österreich ist dem beispiellosen Opfermut jener heldenhaften Männer und Frauen zu danken, die wehr- und waffenlos, aber beseelt von glühendem Idealismus, von einer tiefen Liebe zum österreichischen Vaterland und zur Demokratie, trotz Kerker und Konzentrationslager, Galgen und Fallbeil den Kampf gegen die Tyrannen geführt haben. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* Die neue österreichische Staatsidee beruhte zuerst auf dem Kontakt, den einstige politische Gegner, die im freien politischen Leben den Weg zueinander nicht finden konnten, in Kerker und Konzentrationslager gefunden hatten. Wir achten auch die demokratische Überzeugung, zu der der einzelne sich erst im Gefängnis durchgerungen hat.

Diese Erfahrungen haben zum Segen der Republik Österreich die trotz aller Gegensätze doch fruchtbare Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien ermöglicht. Seither haben sich zahlreiche Männer und Frauen,

die aus anderen politischen Lagern kamen, tatkräftig und positiv zum Aufbau der Demokratie bekannt und daran mitgearbeitet. Wir können feststellen, daß die Zahl der Unbelehrbaren und Unbekehrbaren in Österreich verhältnismäßig klein ist, jedenfalls kleiner, als diejenigen es sich vorgestellt hatten, die mit diesen Menschen in Österreich politische Geschäfte machen wollten.

Wir sind daher der Ansicht, daß die vom Nationalrat beschlossenen Amnestiegesetze endlich auch die Genehmigung des Alliierten Kontrollrates erhalten sollten. Im Sinne einer von den sozialistischen Abgeordneten bereits eingebrachten Entschliebung ersuche ich daher den Herrn Bundeskanzler, über diese Frage ehestens mit den Kontrollmächten zu verhandeln und dem Hohen Haus über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten.

Die Sozialistische Partei Österreichs ist in den Wahlkampf mit der Zusage vor die österreichische Bevölkerung getreten, im neu-gewählten Nationalrat und in der künftigen Bundesregierung für Vollbeschäftigung, für Rentensicherung, für Sicherung der Mietrechte und des sozialen Wohnbaues und für die Berufsausbildung der schulentlassenen Jugend einzutreten. Es freut uns, aus der Regierungserklärung entnehmen zu können, daß der Herr Kanzler und die übrigen Minister der Österreichischen Volkspartei bereit sind, mit den Sozialisten in der Durchsetzung dieser Ziele tatkräftigst zusammenzuarbeiten.

Wir wollen entgegen einer Behauptung während des Wahlkampfes bei diesem Anlaß feststellen, daß die Sozialistische Partei sich schon in ihrem Aktionsprogramm vom Oktober 1947, also noch vor Erlassung des Währungsschutzgesetzes, zur Stabilisierung der Währung und zu folgenden Grundsätzen bekannt hat: Stabilisierung und Sicherung unserer Währung als Voraussetzung einer geordneten Wirtschaft, Schutz des kleinen Sparers und Sicherung der Grundlage für die Sammlung neuer Sparvermögen, Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit unseres Landes, staatliche Kreditlenkung zur Verhütung von Kapitalfehlleitungen.

Wir können allerdings dem Herrn Bundeskanzler bei seiner uneingeschränkten Hervorhebung der Politik des Herrn Finanzministers Dr. Kamitz nicht folgen. Die Beschäftigungslage der österreichischen Arbeiterschaft hat sich empfindlich verschlechtert, seitdem das Finanzministerium von dem gegenwärtigen Finanzminister geleitet wird. Nach dem Februarbericht des Instituts für Wirtschaftsforschung ist die Zahl der Beschäftigten in Industrie, Handel und Gewerbe unter die im Jahre 1951 erreichte Zahl zurückgegangen:

1,464.000 gegen 1,500.000. Die Zahl der Beschäftigten einschließlich der Landwirtschaft war jedoch 1952 schon niedriger als 1949, nämlich 1,939.000 gegen 1,944.000 im Jahre 1949. Im vierten Quartal des Jahres 1952 sank der Beschäftigtenstand mit 1,916.000 hinter das vierte Quartal 1948 mit 1,934.000 zurück.

Diese Entwicklung gefährdet die Erfolge der bisherigen Aufbauarbeit. Die Sozialisten sind für den stabilen Geldwert, aber sie sind auch für eine gerechte, das heißt die wirtschaftliche Tragfähigkeit berücksichtigende Lastenverteilung. Die österreichische Privatwirtschaft hat, ungeachtet aller Eindrücke bei Reisen in andere Industrieländer, ungeachtet aller Bedingungen bei der Gewährung ausländischer Hilfe, nur in ungenügendem Maße zur Kenntnis genommen, daß die Rationalisierung zu einer Steigerung der Produktion bei gleichzeitiger Verbilligung der Preise benötigt werden muß. Statt dessen wird in großem Umfang an Kartellen und kartellartigen Preisvereinbarungen festgehalten und das Sinken des Absatzes durch Entlassung von Arbeitern ausgeglichen. (*Ruf bei der WdU: VÖEST und Alpine!*)

Im Gegensatz zu diesem Verhalten haben die leitenden Funktionäre der verstaatlichten Industrie, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, ohne Unterschied ihrer politischen Einstellung, sich restlos bemüht, die Preise für die Leistungen der verstaatlichten Unternehmungen niedrig zu halten und trotzdem den seit 1945 ständig vergrößerten Beschäftigtenstand bis in die letzte Zeit unverändert zu belassen. (*Widerspruch bei der WdU.*) Ohne diese kluge und einsichtsvolle Haltung dieser Funktionäre in den verstaatlichten Betrieben wären die Auswirkungen der Finanzpolitik des Jahres 1952 auf den Beschäftigtenstand noch schlimmer gewesen.

Die sozialistischen Abgeordneten fühlen sich verpflichtet, den Arbeitern, Angestellten und Leitungsorganen der verstaatlichten Betriebe für ihre Tätigkeit zu danken und sie zu den erzielten Erfolgen zu beglückwünschen. (*Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.*) Hervorgehoben werden muß, daß diese Erfolge gegen überaus gehässige Verleumdungen eines Teiles der österreichischen Presse und einzelner Politiker erzielt wurden.

In diesem Zusammenhang müssen aber auch die Eisenbahner aller Dienstgrade besonders erwähnt werden, deren mühevollen Arbeit und erfolgreiche Leistung vielfach mit ungerechtfertigten Beschuldigungen seitens eines Teiles der Bevölkerung vergolten wird. Ich bin aber überzeugt, daß auch diese Menschen die Leistungen des österreichischen Eisenbahn-

personals besser würdigen würden, wenn nicht auch hier eine bestimmte Nachrichtenpresse das Ansehen der Eisenbahner ständig herabsetzen würde. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir Sozialisten werden für eine Novellierung des Kartellgesetzes eintreten, welche die Gesetze des freien Wettbewerbes in Österreich wiederherstellt. (*Ruf bei der WdU: Auch in den verstaatlichten Betrieben!*) Wir werden dies auch gegen den Widerstand der Handelskammer tun, wenngleich wir uns der Schwierigkeiten dieser Aufgabe bewußt sind, da ja von den sechs Ministern der ÖVP nicht weniger als vier aus dem Funktionär- oder Beamtenstand der Handelskammer kommen.

Die Sozialisten bejahen, wie aus dem zitierten Programm hervorgeht, die Aufnahme von Anleihen in- oder ausländischer Herkunft zur Durchführung von Investitionen, sie lehnen jedoch die Prämierung und Amnestierung von Devisenschiebern und Personen, die bewußt Steuern hinterzogen haben, entschieden ab. Bei der Vergebung der Arbeiten verlangen die Sozialisten eine stärkere Berücksichtigung der vom russischen Element besetzten Landesteile und der mittendrin gelegenen Bundeshauptstadt Wien. Wir hoffen, daß sich kein Österreicher einer Solidaritätsaktion und einem Lastenausgleich gegenüber jenen Gebieten widersetzen wird, deren Menschen wirtschaftlich, politisch und menschlich die härtesten Lasten zu tragen haben. Etwaigen Zweifeln daran wollen wir gerne die Gelegenheit verschaffen, sich durch Arbeitsannahme in einem Russenbetrieb oder durch Übernahme einer Verwaltungsfunktion in einer Gemeindekanzlei in diesen Zonen an Ort und Stelle von der Notwendigkeit einer solchen Aktion zu überzeugen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Im Wahlkampf haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister großzügige Senkungen der Steuern, vor allem der Einkommen- und der Gewerbesteuer, und der Lohnsteuerprogression versprochen. Das Parteiorgan der ÖVP hat damals am 3. Februar sogar offiziell angekündigt, daß die Lohnsteuer um durchschnittlich 27 Prozent ermäßigt werde. Wir Sozialisten haben uns solcher Wahlversprechen enthalten, weil wir die Erfüllung wichtiger Staatsaufgaben nicht gefährden wollten. Wir haben nur darauf verwiesen, daß, wenn die Finanzlage des Bundes Steuererleichterungen zuläßt, diese zuerst den gewissenhaftesten und pünktlichsten Steuerzahlern, den Lohnsteuerzahlern und den Zahlern der pauschalierten Einkommensteuer, zugute kommen müssen. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*) Es muß Schluß gemacht werden mit einer Steuerpolitik, welche unter Mißbrauch der Steuergesetze Abschreibungen für alles mögliche zuläßt.

Wir Sozialisten sind aber nicht mit dem vom Herrn Bundeskanzler vorgeschlagenen Weg einverstanden, wie die Gehaltsforderungen der öffentlich Angestellten befriedigt werden sollen. Wir sind der Meinung, daß zuerst mit den zuständigen Gewerkschaften unverzüglich die Verhandlungen auf der Grundlage der von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge aufgenommen werden sollen. Erst nach Abschluß der Verhandlungen und nach Aufstellung des Investitionsprogramms wird der Herr Finanzminister wissen, ob und auf welche Beträge er durch Steuersenkung verzichten können. Wenn sich daher nach Abschluß der Verhandlungen mit den öffentlich Angestellten und nach Erhöhung des Investitionsprogramms noch Steuerermäßigungen ohne Gefahr für das Budget durchführen lassen, dann melden wir Sozialisten den Anspruch der kleinen und mittleren Steuerzahler zuerst an. Wir nehmen aber trotzdem an, daß das Steuersenkungsprogramm des Herrn Finanzministers aus der Wahlzeit nicht ebenso zum Stoff für eine Aprilnummer der Zeitungen werde wie sein Autobahnprojekt. (*Zwischenrufe.*)

Schon der Bericht des Rechnungshofes über die Lage der Sozialversicherungsinstitute aus dem Jahre 1951 hat darauf hingewiesen, daß die Gebarung vor allem bei den Rentenanstalten im Jahre 1952 ungünstig werden würde. Diese Vermutung hat sich als richtig herausgestellt und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Staatszuschusses mindestens im bisherigen Umfange bestätigt.

Wir Sozialisten erwarten auch, daß der Herr Bundeskanzler in seinem neuen Amt bei Beratung von Sozialversicherungsfragen sich eher den Ratschlägen der sozialistischen und christlichen Sozialpolitiker geneigt zeigt als den Stellungnahmen der Sekretäre der Handelskammer. (*Abg. Altenburger: Was erwarten Sie denn vom Minister Waldbrunner?*) Was ich vom Waldbrunner erwarte, Herr Altenburger? Ich erwarte, daß er von den Geldern, die ihm das Finanzministerium gibt, einen ordentlichen Gebrauch macht! (*Beifall bei den Sozialisten. — Zwischenrufe.*)

Wir Sozialisten werden jedenfalls unsere ganze Kraft für die Erhaltung und den Ausbau der Sozialgesetzgebung einsetzen (*Beifall bei den Sozialisten — Zwischenrufe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), die entgegen der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland volle Anerkennung findet.

Wir Sozialisten vermessen im Regierungsprogramm ein Bekenntnis zum weiteren Ausbau des Arbeits- und Sozialrechtes in Österreich. Man kann nicht ewig auf den selbstgepflückten

Lorbeer ausruhen, sondern man muß sich den Meistertitel „sozialster Staat der Welt“ ständig selbst verdienen. Es sind ja noch immer, wie dem ehemaligen Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung, dem Herrn Abg. Ing. Raab, ja bekannt ist, eine Reihe wichtiger arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Fragen ungelöst. Ich führe nur beispielsweise und nicht erschöpfend an: die Arbeitszeitregelung, die Reform der Arbeitsvermittlung, die Novellierung des Heimarbeitsgesetzes, des Hausgehilfengesetzes, der Hausbesorgerordnung, des Kleingartengesetzes usw. — kurz alles, was als Regierungsvorlage in der vergangenen Gesetzgebungsperiode zwar ins Haus gebracht wurde, aber trotzdem nicht erledigt werden konnte, obwohl sich die Sozialpolitiker beider Fraktionen der Regierungsparteien über die Notwendigkeit der Verabschiedung dieser Gesetze durchaus einig waren.

Besonders aber heben wir in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit hervor, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen. Es nützt wenig, wenn heute sogar in Organen des Bauernbundes von der Notwendigkeit geschrieben wird, die Landflucht durch Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern wirksam zu bekämpfen. Man darf sich nicht darauf beschränken, davon nur zu reden und nur darüber zu schreiben. Man darf vor allem den Herrn Sozialminister durch die Bauernbundminister in der Regierung nicht hindern, von seinem Ordnungsrecht rechtzeitig Gebrauch zu machen. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Mit besonderer Befriedigung nehmen wir die Versprechungen des Herrn Kanzlers zur Kenntnis, die sich mit der Berufsausbildung und Unterbringung der kommenden starken Geburtsjahrgänge beschäftigen. Wir erwarten, daß es ihm gelingen werde, bei Industrie, Handel und Gewerbe die Erkenntnis durchzusetzen, daß der Jugend geholfen werden muß — und nicht einzelnen Unternehmungen durch Steuerbegünstigungen. Denn alle Kreise müssen daran interessiert sein, daß die österreichische Jugend in einem demokratischen Staat Berufsausbildung und Arbeitsplätze findet. Die Kosten dafür kann man nicht allein den Eltern anlasten. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Es sind aber auch weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Haushaltsgründung für junge Menschen nötig.

Auch die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers über die Fortführung und Erweiterung des Wohnungsbaus durch öffentliche Mittel ist für uns befriedigend. Dazu muß auch die Erhaltung des bestehenden Wohnraums kom-

men, dessen Kosten für die betroffenen Mieter erschwinglich sein müssen. Es müssen aber auch die Mietzinse auf dem gegenwärtigen Stand gehalten werden. Der Neubau von Volkswohnungen könnte niemals den Bedarf der heranwachsenden Generation und gleichzeitig jener Wohnungslosen sichern, die ihre bisherigen Wohnungen wegen der wucherischen Zinsforderungen ihrer Hauseigentümer nicht mehr behalten können. *(Rufe bei der ÖVP: Gemeinde Wien! — Arbeiterkammer Klagenfurt!)* Mieterschutz heißt für uns Sozialisten Preisschutz und Kündigungsschutz in einem. Kündigungsschutz allein genügt nicht, denn er wird nur dem gewährt, der imstande ist, den Mietzins zu zahlen.

Ebenso muß angesichts des noch immer anhaltenden Wohnraummangels den Gemeinden das Recht der Wohnungsanforderung zumindest in dem gegenwärtigen Umfang gewahrt bleiben. Die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zeigen, daß sich auch er, wenn auch eingeschränkt auf das Wörtchen „vorderhand“, zu diesen Ansichten bekennt. Da in Österreich alles, was „vorderhand“ oder „provisorisch“ ist, die Neigung hat, definitiv zu werden, können wir diese Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zustimmend hinnehmen. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Wir Sozialisten treten auch für die Verlängerung der notwendigen Wirtschaftslenkungsgesetze, vor allem des Preisregelungsgesetzes ein, weil es ein wenigstens bescheidener Schutz der Verbraucher gegen die Preisausbeutung durch Monopole und Kartelle ist. *(Abg. Wallner: Überangebot am Markt!)*

Zum Versprechen der Verwaltungsreform ist leider angesichts der bisherigen Entwicklung nur Schweigen möglich.

Wir Sozialisten bedauern die kulturpolitische Erstarrung, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens. Wir sind überzeugt, daß ein großer Teil der offenen Schulfragen ohne besondere Schwierigkeiten gelöst und im Parlament zur Abstimmung gebracht werden kann. So würde besonders eine Einigung über das 9. Schuljahr eine wenn auch vorübergehende, aber doch momentan fühlbare Entspannung bei der Lehrstellen- und Arbeitsvermittlung Jugendlicher bilden. In dem Zusammenhang erwähne ich weiters auch nur beispielsweise das Schulaufsichtsgesetz, das Lehrerbildungsgesetz und das notwendige Gesetz über die Berufsausbildung.

Wir Sozialisten sind ebenso gerne bereit, alle Bemühungen der Bundesregierung zu unterstützen, im Rahmen des Budgets und durch zusätzliche Einnahmen der österreichischen Wissenschaft, ihren Lehr- und Forschungsanstalten und im besonderen den in

ihnen tätigen Männern und Frauen endlich auch die würdige materielle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Man soll die geistigen Leistungen und den vielfach bewiesenen Patriotismus der österreichischen Wissenschaftler nicht nur damit belohnen, daß man sie weiter hungern läßt. Man soll endlich einmal von dem Standpunkt „Da kann man nichts machen“ und „Es muß was g'schehen“ abkommen und zu tatkräftigem Handeln schreiten. Die erfreulichen Ankündigungen des Herrn Kanzlers auf diesem Gebiet werden einigermaßen durch die Bemerkung getrübt, daß die privaten Förderer der Wissenschaft dafür eine Steuerermäßigung erhalten müssen. Da halten wir es gleich für gescheiter, die Steuerermäßigung den Professoren, Dozenten und Assistenten zu geben, die sie bestimmt notwendiger haben. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Wir Sozialisten bekennen uns zur Förderung der arbeitenden und schaffenden Menschen im weitesten Sinne, also auch der Selbständigen in Gewerbe und Handel wie in der Landwirtschaft. Wir sind der Ansicht, daß diese Menschen das gleiche Recht haben auf eine bescheidene Sicherung ihrer Existenz im Alter, wie sie heute bereits die Beamten, die Angestellten und wirtschaftlich unselbständigen Arbeiter haben. Wir haben darum die Forderung nach der Volkspension aufgestellt und die Durchsetzung dieser Forderung zu unserem politischen Nahziel gemacht. Wir erwarten nach den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, daß nun die zuständigen Ressortminister der Bundesregierung unverzüglich an die Vorarbeiten gehen.

Man hat uns vorgeworfen, wir hätten den Gedanken der Volksopposition (*Heiterkeit bei ÖVP und WdU — Rufe: Volksopposition?*) als einen Wahlschlager gebraucht. Ich erkläre Ihnen hier feierlich: Wir würden am glücklichsten sein, wenn Sie durch die Erfüllung der Volkspension dafür sorgen würden, daß wir bei der nächsten Wahl diesen Schlager nicht mehr hören lassen. (*Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.*)

Die Sozialisten sind auch bereit, Maßnahmen zu unterstützen, welche der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Existenzsicherung der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe dienen. Als solche Maßnahmen sehen wir jedoch weder die Beibehaltung der bisherigen Spannen zwischen den Preisen, die der Bauer erhält, und den Preisen, die der Städter für die bäuerlichen Produkte zahlen muß, an noch etwa einen Ersatz der bisherigen Verteiler durch Monopole landwirtschaftliche Genossenschaften, die die

gleichen oder womöglich noch höhere Verdienstspannen einstecken. Eine Politik, die gleichermaßen die Existenz des Landwirtes sichert und dem städtischen Konsumenten die ausreichende Versorgung zu Preisen ermöglicht, die durch die bäuerliche Arbeit gerechtfertigt sind, werden die Sozialisten unterstützen, aber sie werden eine Wirtschaftspolitik ablehnen, die einen aufgeblähten Zwischenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten erhält oder der Finanzierung von Fehlinvestitionen dient.

Die Sozialistische Partei wird im Parlament immer wieder verlangen, daß die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Steuermittel zur Schaffung weiterer Maschinenhöfe verwendet werden. Die Sozialisten werden aber auch in den Verwaltungen, auf die sie bestimmenden Einfluß haben, nötigenfalls auch in den Gemeindeverwaltungen, für die Förderung der Landwirtschaft durch Maschinenhöfe sorgen, die unter Ausschluß jeder politischen Protektion den Bauern moderne Landmaschinen zu billigen Leihgebühren zur Verfügung stellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ferner erscheint in der Landwirtschaft die stärkere Verwendung von Kunstdünger und von ertragreicherem Saatgut notwendig. Die Sozialistische Partei wird die Landwirtschaft in der Forderung nach verbilligten Krediten für diese Zwecke unterstützen.

Schließlich aber muß im Interesse der Kleinbauern auch in Österreich endlich einmal mit einer entsprechenden Bodenreform begonnen werden. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Die sozialistische Fraktion erwartet, daß die neue Bundesregierung die Geschicke der Republik Österreich in der bisherigen Form der notwendigen, aber auch fruchtbaren Zusammenarbeit der beiden großen Parteien lenken werde. Grundsätzliche Auffassungen sollen nicht durch Vertuschung oder Ausweichen vorübergehend verwischt werden, sondern durch Verständigungsbereitschaft im Hinblick auf die Notlage des Staates und seines Volkes überwunden werden.

Die Sozialistische Partei hat in den vergangenen Jahren bewiesen, daß sie Verantwortung für notwendige Maßnahmen zu übernehmen weiß, auch wenn diese Maßnahmen als hart empfunden werden. Zur Fortsetzung der erfolgreichen Wiederaufbauarbeit, zur Erringung der politischen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Österreichs ist unermüdliche und zähe Arbeit, aber auch viel Geduld und Mut notwendig. In der Überzeugung, daß die Männer der neuen Bundesregierung diese Eigenschaften besitzen, spricht die sozialistische Fraktion der Bundes-

regierung das Vertrauen aus. *(Starker, langanhaltender, sich mehrmals erneuernder Beifall bei den Sozialisten.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich als nächster Redner, und zwar kontra, der Herr Abg. Dr. Kraus. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Kraus: Meine Damen und Herren! Wir haben nun eine Rede gehört, von der man eigentlich nicht sagen kann, ob es die Rede einer Regierungspartei oder einer Oppositionspartei gewesen ist. *(Abg. Doktor Pittermann: Sie werden schon draufkommen! — Heiterkeit.)* Aber nachdem wir nun in so lebhafter Weise die Hochzeitsnacht der neuen Ehe Raab-Schärf miterleben konnten, wollen wir nun zu einer etwas sachlicheren Beurteilung der gestrigen Regierungserklärung schreiten. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Die gestrige Regierungserklärung brachte zweifellos einige bemerkenswerte gute Vorsätze. Wir können diese aber erst dann ernst nehmen, wenn wir wissen, daß die Art ihrer Verwirklichung die vorgesehene Einstimmigkeit der Regierung oder wenigstens eine Parlamentsmehrheit finden kann; denn sowohl die bisherige Praxis als auch der größte Teil dieser Regierungserklärung haben klar gezeigt, daß die beiden Regierungsparteien in den dringendsten Fragen keine konkreten Vereinbarungen, kein richtiges klares Regierungsprogramm zustandebringen. Das Volk sagt sich aber: Die zwei Parteien, die jetzt die Regierung bilden, müssen doch wissen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie die Arbeitslosigkeit überwinden wollen, wie die Altersversorgung vom Staate gesichert werden soll und mit was für Geldern die fehlenden 250.000 oder 300.000 Wohnungen gebaut werden sollen. Das alles und was sonst noch zu einem Regierungsprogramm gehört, ist uns in der gestrigen Erklärung aber nicht bekanntgegeben worden. Man hat mehr von der Vergangenheit als von der Zukunft gesprochen und dabei mit einer gewissen Schönfärberei so getan, als ob bisher in freundschaftlichster Zusammenarbeit und höchster Harmonie jede erforderliche Aufbauarbeit bereits geleistet sei. Dem aber steht gegenüber, daß wir hunderttausende Arbeitslose haben, daß die Konkurse ständig zunehmen, daß wir im Export nicht mehr weiterkommen, daß Hunderttausende ohne eine menschenwürdige Wohnung dastehen, daß zahllose Leute um eine ausreichende Altersversorgung zittern müssen und daß noch viele andere unhaltbare und unmögliche Zustände herrschen, welche acht Jahre nach Kriegsende schon längst überwunden sein müßten. Dem steht aber auch gegenüber, daß die Gegensätze, die vor einem halben Jahr zur Regierungskrise

geführt haben, nun um nichts kleiner, sondern nur größer geworden sind und sich zu versteifen scheinen, wie Sie das aus den Ausführungen meines Vorredners deutlich entnehmen konnten.

Das ist ja auch kein Wunder: In allen wichtigen Fragen strebt die ÖVP gerade das Gegenteil von dem an, was die SPÖ will. Es hat ja auch jede der beiden Parteien ihren Wählern gerade das Gegenteil von dem versprochen, was die andere Partei versprach. Deshalb bemüht sich die eine Partei dieser Regierungskoalition, der anderen so viel wie möglich zu verbieten und sie an positiven Maßnahmen zu hindern. Deshalb wird bei uns nicht mit einem zügigen Regierungsprogramm, sondern mit einer Art Waffenstillstand zwischen den beiden Regierungspartnern regiert. Diese Koalition, die wir nun schon sieben Jahre haben, ist eben keine Koalition zum Regieren, sondern nur eine Ministersessel- und Postenaufteilungs-Koalition. *(Zwischenrufe. — Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.)* Eine solche Regierung ohne innere Gemeinsamkeit, ohne einverständliche Zielsetzung konnte nur durch einen gewissen Druck des Auslandes zustandekommen und durch ausländische Hilfeleistungen gestützt und gehalten werden. Das Ausland ist aber nicht an der Gesundung unserer inneren Verhältnisse, sondern nur an diesem Waffenstillstand und einer gewissen äußerlichen Ruhe interessiert. Das ist auch der Grund, warum sich Österreich nicht aus eigenem, nicht von innen heraus helfen konnte und warum unsere Gesamtproduktion pro Kopf der Bevölkerung noch immer erst einen Bruchteil dessen beträgt, was andere, ebenfalls vom Kriege betroffene Länder produzieren. *(Abg. Dr. Pittermann: Was produzieren besetzte Länder?)*

Angesichts dieser tiefen Gegensätzlichkeiten in der Koalition klingt es schon etwas eigenartig, wenn die Sozialisten sagen: Das Wahlergebnis wird verfälscht, wenn nicht wieder eine Koalition alten Stils zustandekommt.

Ich mache Ihnen da einen Vorschlag: Gehen Sie in die nächste Wahl als schwarze Einheitspartei mit einer gemeinsamen Liste Raab-Schärf! Dann wollen wir sehen, wie viele Leute Sie wählen werden. Wenn Sie dann auch noch so viele Stimmen haben, dann haben Sie recht gehabt, daß die Bevölkerung diese Koalition wünscht. Aber Sie glauben es selbst nicht, und deswegen werden Sie es auch nicht machen. Die Wahrheit ist, daß die einen deshalb ÖVP gewählt haben, weil sie gegen den Einfluß der Sozialisten sind, und die anderen deshalb SPÖ gewählt haben, weil sie die ÖVP ablehnen. *(Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wenn wir nun beurteilen wollen, ob die neue Regierung einen Fortschritt gegenüber der alten bringen kann, dann müssen wir feststellen, daß die bisherige auf dem Standpunkt der Koalition um jeden Preis stand. (*Abg. Dr. Pittermann: Dr. Kraus, für ein Wunderkind sind Sie zu alt!*) Und das scheint ja nun — wenn es Ihnen auch unangenehm ist — etwas anders geworden zu sein. (*Zwischenrufe.*) Allerdings geht auch heute die stärkere Partei davon aus, daß man den Sozialisten dafür, daß sie nicht auf die Straße gehen, daß sie keine Barrikaden errichten, etwas zugestehen muß, zumindest ihren Führern Ministergehälter bezahlen muß, auch wenn kein Einverständnis über das Konzept eines solchen Ministerrates zustandekommen kann.

Sie, Herr Dr. Pittermann, und Ihre Kollegen von der SPÖ-Führung können also wirklich mit Recht das Lied anstimmen: Die Fahne hoch, die Posten sind gesichert! (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Lebhafter Beifall bei der WdU. — Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: Retourkutsche mit Handbetrieb! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn die frühere Regierung durch einen Waffenstillstand zwischen den beiden Parteien gekennzeichnet war und daher in vielen Fragen überhaupt nicht vom Fleck gekommen ist, so wird auch die neue Regierung allem Anschein nach noch sehr auf Krücken gehen müssen. In diesem Zusammenhang haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß der neue Bundeskanzler auf die Möglichkeit hingewiesen hat, noch viele Probleme im Parlament zur Erörterung zu bringen und durch Initiativanträge für die notwendigen Lebensfragen unseres Volkes einzutreten. Vielleicht wird es also einige Fragen geben, bei denen man sich sagen kann: Wenn's nicht in der Regierung geht, vielleicht geht's im Parlament. Im Parlament besteht keine so absolute Parität und kein solches Vetorecht wie in der Regierung. Hier gibt es klare Mehrheiten, die in vielen Fragen, die bisher zu keiner Übereinstimmung geführt haben und daher immer wieder verschoben werden mußten, endlich einmal Entscheidungen herbeiführen könnten. (*Ruf bei der SPÖ: Schlechte Informationen!*) Wenn dem österreichischen Parlament diese Entscheidungsmöglichkeit, die ihm bisher durch eine Parteienvereinbarung vorenthalten war, wieder gegeben wird, dann kann man von einem tatsächlichen Fortschritt sprechen.

Wie war das bisher unter der Regierung Figl gewesen? Die ÖVP und die SPÖ hatten miteinander vereinbart gehabt, hier im Parlament niemals gegeneinander zu stimmen, auch wenn sie noch so uneins waren, nur um

uns, den VdU, auszuschalten und uns nicht die Entscheidung zu lassen. Wenn also eine der beiden großen Parteien irgendeine Maßnahme vorschlug, so hatte die andere ein Vetorecht dagegen, so wie die Russen im Sicherheitsrat der UNO, obwohl wir mit unseren Stimmen jeder Partei die Mehrheit hätten verschaffen können. Die Demokratie des Parlamentes war damit künstlich ausgeschaltet und lahmgelegt worden. Es wurde nicht das Gesetz, was die Mehrheit des österreichischen Volkes, der österreichischen Wähler wollte und immer wieder klar verlangte, sondern entweder gar nichts oder eine unmögliche Halbheit. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie sind ja informiert, Dr. Kraus!*)

Es hat in diesem Parlament nun schon vier Jahre eine Mehrheit gegen ein preistreiberisches Monopol- und Kartellwesen gegeben, aber es ist weiterhin bei Monopolen und Kartellen geblieben, weil die SPÖ nicht bereit war, die Anträge, die sie verfochten hat, auf die Tagesordnung zu setzen und sie mit uns, die wir uns immer wieder dafür erklärt hatten, durchzubringen. Ebenso gab es eine Mehrheit gegen die Zwangswirtschaft und die kollektivistische Verstaatlichung, nicht nur der Fabriken, sondern auch des Einzelmenschen. Aber auch dagegen ist nichts geschehen, weil die ÖVP nicht gewillt war, in diesen Dingen mit uns zu stimmen. Auf diese Weise sind niemals die natürlichen Mehrheiten, wie sie das Volk durch seine Wahlentscheidung wollte, zustandegekommen.

Wenn es richtig ist, daß dieser unmögliche Zustand nun allmählich überwunden wird, dann wird dies zweifellos der gesamten österreichischen Bevölkerung zugute kommen; denn an nichts hat unser Land mehr zu leiden gehabt, als an dieser mangelnden Handlungsfähigkeit der bisherigen „totalen Koalition“. Wenn dies wirklich anders wird, dann haben wir von der WdU durch unsere Verhandlungen der letzten Wochen ohne allen Zweifel wesentlich dazu beigetragen, daß das Eis des totalen Koalitionspaktes gebrochen werden konnte. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie Eisbrecher!*)

Wenn wir diese Verhandlungen zunächst auch nur mit einer Seite geführt haben, so bedeutet das keineswegs irgendeine grundsätzliche Orientierung, sondern lediglich, daß wir die erste Gelegenheit ergriffen haben, um eben dieses Eis zu brechen und um dem österreichischen Parlament wieder das freie Spiel der demokratischen Abstimmung zurückzugeben. (*Abg. Dr. Pittermann: Durch den Präsidentenstuhl für Hartleb!*)

Dieser Erfolg ist uns wesentlich wichtiger als jede Regierungsteilnahme. Wir haben ja schon während des Wahlkampfes immer wieder

erklärt, daß wir nur dann in eine Regierung eintreten werden, wenn klare Vereinbarungen über das Regierungsprogramm zustandekommen, und daß wir an einer reinen Machtaufteilungskoalition nicht teilnehmen werden. Das war im übrigen auch unsere erste Forderung bei den erwähnten Verhandlungen, und es ist damals auch innerhalb von drei Tagen und nicht erst nach sechs Wochen eine umfassende Vereinbarung zustandegekommen, über deren wesentlichste Grundsätze dann das bekannte Zwölfpunkteprogramm veröffentlicht wurde. (*Abg. Dr. Pittermann: Und die anderen zehn nicht!*)

Was nun die Einzelheiten der Regierungserklärung betrifft, so wollen wir uns ihrer ersten Forderung, nämlich der Wiederherstellung unserer Freiheit, voll und ganz anschließen. Auch die Forderung nach einer Erleichterung des Besatzungsregimes ist selbstverständlich zu unterstützen. Wir sind bloß der Meinung, daß hier die Regierung schon wesentlich weiter zu gehen habe. Der Verzicht auf die Besatzungskosten und eine liberalere Handhabung des Kontrollapparates sind nicht die einzigen Dinge, die hier zu verlangen sind. Wir meinen, daß die Besatzungsmächte einem angeblich befreiten Staat gegenüber wenigstens die völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen müßten, welche sie nach dem ersten Weltkrieg bei der Rheinlandbesatzung gegenüber einem besiegten Staat ganz von selbst erfüllt haben, nämlich daß sie sich ihre Unterkünfte selber bauen und alle heute noch — acht Jahre nach Kriegsende — besetzt gehaltenen Wohnungen, Hotels und öffentlichen Gebäude räumen! (*Beifall bei der WdU.*) Wir werden ihnen ihre neuen Bauten nach ihrem Abzug gerne abkaufen.

Wir meinen, daß sie die angerichteten Schäden zum vollen Marktwert und nicht mit einer Scheinsumme einer abgewerteten Währung zu ersetzen haben. Wir meinen die Beendigung jeglicher Zensur, auch des inoffiziellen Telephonabhörens, ihre Einmischung in unsere Pressefreiheit und ihre Vorherrschaft in unserem Rundfunkwesen. (*Zustimmung bei den Parteigenossen.*) Wir haben ein Recht, für die von uns bezahlten Rundfunkgebühren ein Programm zu hören, wie wir es uns wünschen, und nicht nur eine „Russische Stunde“ und eine „Stimme Amerikas“, welche uns da stundenlang — noch dazu während der besten Sendezeiten — vorgesetzt werden. Wenn verschiedene Besatzungsmächte immer wieder erklären, daß es ihr sehnlichster Wunsch sei, uns unsere Freiheit zurückzugeben, so sollen sie statt dieser schönen Worte endlich einmal Taten zeigen und uns diese konkreten Forderungen bezüglich des Besatzungsregimes erfüllen.

Wir wissen, daß wir unter den Besatzungsmächten auch wohlmeinende Freunde haben, und wollen diese Freundschaft gerne pflegen. Aber ich möchte doch den Vorschlag machen, daß man jetzt anlässlich der achtjährigen „Befreiungsfeiern“ zweckmäßigerweise nicht mehr von einer Befreiung, sondern besser von der zweiten Besetzung Österreichs spricht, denn sonst werden aus diesem Wort Befreiung Rechte abgeleitet, die unserer österreichischen Auffassung keineswegs entsprechen können.

Die Erklärungen, die der Bundeskanzler über die Fragen der Wirtschaft abgegeben hat, erscheinen uns als eine allzu schön gefärbte Darstellung, doch können wir mit Befriedigung feststellen, daß einige unserer Forderungen, die wir in den vergangenen Jahren mit größter Eindringlichkeit immer wieder vorgebracht haben, nun doch in das Bewußtsein der neuen Regierung eingedrungen zu sein scheinen. (*Abg. Dr. Pittermann: Indexlohn ist nicht darin, Dr. Kraus!*) Mit größtem Interesse haben wir von der Absicht gehört, mit der leistungshemmenden Überbesteuerung Schluß zu machen. Die bisherige Steuerprogression hat jede Überstunde, jede Leistungssteigerung, jeden sozialen Aufstieg sinnlos gemacht und nur die Wirkung gehabt, daß ein Anreiz zur Steuerhinterziehung und Gesetzesübertretung, zur Unmoral geschaffen wurde. Ich möchte bei der Gelegenheit aufmerksam machen, daß die österreichischen Arbeiter in keiner Periode der österreichischen Geschichte so hohe Steuern zu zahlen gehabt haben wie in diesen sieben Jahren, in denen die SPÖ in der Regierung gesessen ist. (*Zustimmung bei der WdU.*) Es ist uns aber nicht mitgeteilt worden, in welchem Ausmaß die derzeitige sinnlose Steuerprogression ermäßigt werden soll. Wenn man eine leistungsteigernde Wirkung erzielen will, dann muß der Herr Finanzminister schon etwas großzügiger sein, als wir es bisher gewohnt waren.

Sosehr wir diese Ankündigung begrüßen, sind wir aber keineswegs einverstanden, wenn die sogenannte Valorisierung, das heißt die Angleichung der Beamtengehälter erst am Ende dieser Entwicklung stehen soll, einer Entwicklung, die uns aus der bisherigen Gleichmacherei der Löhne und Gehälter herausführen soll. Wir werden nicht ablassen, genau wie wir es in unseren konkreten Anträgen der früheren Session gemacht haben, auch weiterhin um diese Valorisierung der Beamtengehälter zu kämpfen. Einen gewissen Hoffnungs-schimmer sehen wir auch deshalb, weil nun auch die Sozialistische Partei und die Gewerkschaften Miene machen, aus ihrem sturen Festhalten an der Nivellierung und Gleichmacherei endlich herauszutreten. Es war ja schändlich, mitanzusehen, wie diese Partei, die immer vor-

gibt, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, bei den letzten Valorisierungsverhandlungen mit Finanzminister Margarétha im Sommer 1951 dem Arbeitgeber, das heißt in dem Falle dem Finanzminister, de facto immer wieder zugerufen hat: Bleibe hart und erfülle den Beamten nicht ihre Gehaltsforderungen!

Die Beamten sollen endlich wissen, wer ihr erbitterter Feind ist: das ist die SPÖ! (*Beifall bei den Parteigenossen. — Abg. Dr. Pittermann: Denken Sie an den Lauda-Plan! Sie waren für den Lauda-Plan! Sie waren für Beamtenabbau! Sie waren für das Brotlosmachen von Beamten durch den Lauda-Plan! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Ruf bei der SPÖ: Kraus verlangt den Lauda-Plan!*)

Es ist dies eine ähnliche Tendenz, wie sie auch bei allen Plänen zur Arbeitsbeschaffung — sei es nun das Anleihegesetz, sei es nun die sinnlose Vergeudung von zwei Dritteln der ERP-Mittel durch das „Königreich Waldbrunner“, sei es der Reichsautobahnbau — zum Ausdruck kommt. Die Sozialisten machen da unter allerlei Vorspiegelungen eine Schwierigkeit nach der anderen. Denn sie wissen ganz genau das eine: Wenn Arbeit beschafft wird, wenn der Lebensstandard der österreichischen Arbeiter steigt, wenn die Beamten höhere Gehälter bekommen, dann besteht die Gefahr, daß immer mehr Österreicher aufhören, Proletarier zu sein! (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Denn die sozialistische Parteiführung sagt sich: Wir werden als reine Klassenkampfpartei nur so lange viele Wählerstimmen haben und damit unsere Parteipfründen genießen können, solange die einen im Proletariat zurückgehalten werden und die anderen möglichst bald ebenfalls in ein aussichtsloses Proletariat versinken. Wenn es nach den Sozialisten ginge, dann müßte Österreich ein einziges großes Armenhaus werden, in dem jeder Staatsbürger sein armseliges, schmutziges Bett hat, aber nie die Möglichkeit erhält, darüber hinauszukommen, und die Verwalter dieses Armenhauses sie, die sozialistischen Bonzen, werden. (*Abg. Horn: Und Sie ins Narrenhaus! — Ruf bei der SPÖ: Arm im Geiste! — Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Sie übertreffen den Maxi Böhm! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Die Sozialgesetzgebung allein ist es nicht, die den Arbeiter aus seiner bedrängten Lage herausführt. Der eigentliche Schritt zur Befreiung des Arbeiters besteht in einer schrittweisen Einkommensvermehrung, die nur durch eine Erhöhung der Gesamtproduktion unseres Landes erreicht werden kann. Diesen eigentlichen Schritt zu machen, ist aber die Sozia-

listische Partei weder befähigt noch auch gewillt. (*Beifall bei der WdU. — Lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe. — Ruf bei der SPÖ: Das haben alles nur Sie gemacht! — Abg. Dr. Pittermann: Nächste Woche wird mit Schiefertafeln geschrieben, da kann er dann mitreden! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich habe erst kürzlich einen Leitartikel der amerikanischen Zeitung „New York Times“ gelesen, in der der Chefredakteur einen Überblick über die letzten 35 Jahre der inneren Entwicklung der Vereinigten Staaten gibt, und da kommt er zu dem Ergebnis: Erst in dem Augenblick, in dem sich die gesamte öffentliche Diskussion und alle politischen Auseinandersetzungen auf die eine Frage konzentriert haben, wie die Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten erhöht werden kann, erst in dem Augenblick ist der entscheidende Schritt zur sozialen Besserstellung unserer Arbeitermassen getan worden! Wenn Sie bereit sind, an solchen Diskussionen teilzunehmen, dann werden wir uns verständigen können, und dann wird jede sozial gesinnte Partei mit uns zusammen eine Mehrheit in diesem Hause erlangen können. (*Abg. Frühwirth: Amerikanische Leistungen — amerikanische Löhne!*)

Was der Bundeskanzler über den Wohnungsbau gesagt hat, hat uns keineswegs befriedigen können. Es fehlen in Österreich gegen 300.000 Wohnungen. Wenn wir diesen Bedarf wenigstens in einer zehnjährigen Frist decken wollen, müssen wir im Jahr 30.000 Wohnungen schaffen. Dazu reichen aber die angekündigten Beträge noch lange nicht aus. Die bisherigen Meinungsverschiedenheiten: hie privater Wohnungsbau, hie sozialer, das heißt, besser gesagt, sozialistischer Wohnungsbau (*Abg. Dr. Pittermann: Danke für die Reklame!*), haben es bisher verhindert, daß überhaupt etwas Entscheidendes geschehen ist. Wenn nun der Bundeskanzler erklärt, daß Privatkapital für Mietzinswohnungen nicht zu haben ist, dann verlangen wir eben, daß dort, wo privates Geld am ehesten in Bewegung gesetzt werden kann, angesetzt wird, nämlich beim Eigenheimbau, beim Wohn- und Siedlungswesen. Hier ist das private Interesse gegeben, weil es zur eigenen Wohnung führt, und hier kann der Staat durch seine Mittel die doppelte oder dreifache Kapitalmenge durch die sonst nicht zu erfassenden privaten Ersparnisse für den Wohnungsbau auf die Beine bringen.

Wenn Sie heute in Linz oder Klagenfurt vom Bahnhof in die Stadt gehen, können Sie wohl eine Reihe von prächtigen Neubauten bewundern. Aber was sind denn das für Neubauten? Nichts anderes als Verwaltungsgebäude, Kammerpaläste und Gewerkschaftsburgen, nichts als Tintenburgen und Tintenburgen. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Das

ist der sinnfälligste Ausdruck der sozialen Interesselosigkeit der beiden Großparteien. Nur für ihre Bonzokratie Prachtbauten zu errichten, sind sie bereit. Aber wonach das Volk schreit, sind Wohnungen, Wohnungen und Wohnungen! (*Lebhafter Beifall bei der WdU.* — *Abg. Dr. Pittermann: Seit wann sind Sie das Volk?*)

Wir werden nicht ablassen, hier in diesem Hause immer und immer wieder unsere Stimme für die Beseitigung der entsetzlichen Not der Wohnungsuchenden zu erheben (*Abg. Frühwirth: Die ihr 1945 verschuldet habt!*), und diesen Parteienübermut der Tintenburgen entsprechend anprangern.

Ein anderes Problem, das in der Regierungserklärung unzureichend behandelt wurde, ist die Altersversorgung aller Schaffenden. Mit dem Theater, das man bei der Regierungskrise und dann bei den Wahlen wegen der Renten aufgeführt hat, ist es nicht getan. Was wir brauchen, ist eine staatliche Garantie für die Altersversorgung jeder Gruppe unseres Volkes und nicht nur der Staatsbediensteten, eine Garantie für die dem privaten Arbeitnehmer zustehende Rente, eine staatliche Garantie für die freiwilligen Lebensversicherungen oder eine andere Sicherung der selbständig Erwerbstätigen. (*Abg. Dr. Pittermann: Auch eine Mandatsversicherung?*) Genau so, wie wir nicht einsehen, daß die allgemeinen Löhne auf das Sechs- bis Siebenfache und die der Staatsbediensteten nur auf das Drei- bis Vierfache valorisiert werden sollen, genau so wenig sehen wir ein, daß die Witwe des in der Privatwirtschaft tätigen Arbeiters, Angestellten oder selbständigen Handwerkers schlechter gestellt sein soll als die eines Bundesbahnbediensteten.

Das ist die Rentensicherung, die wir verlangen. Uns kommt es nicht auf die finanziellen Auseinandersetzungen wegen der von den Sozialisten verwalteten Renteninstitute oder auf das Schicksal der in der dortigen Bürokratie untergebrachten SPÖ-Genossen an, sondern darauf, daß die versorgungsberechtigten alten Leute, egal welcher Gruppe sie angehören, jeden Ersten eine vom Staat garantierte Rente erhalten — auch wenn diese Institute des sozialistischen Machtbereiches ein anderes Gesicht bekommen oder ganz verschwinden sollten. Der SPÖ kommt es doch nur auf diese ihre Machtposition an. Jede Partei, welche diese Forderung nicht für eine solche Machtposition, sondern für die alten Leute selbst erhebt, wird mit uns eine Parlamentsmehrheit haben können. (*Abg. Dr. Pittermann: Koplenig, das ist ein Angebot! — Heiterkeit.*)

Wir wissen nicht, was sich die Sozialisten unter ihrem auf dem letzten Parteitag geprägten Begriff der Volkspension vorstellen. Ich weiß

nicht, ob der Abg. Pittermann mit dem Wort „Volksopposition“ statt „Volkspension“ einen tieferen Sinn verband. Aber wenn dies, was ich hier konkret umrissen habe, diese Volkspension sein sollte und wenn diese nicht auf Gleichmacherei, sondern auf Dienstjahre, Rang und Leistung aufgebaut ist, so kann jede Partei diese unsere Forderung, auch unter dem Namen Volkspension, mit unseren Stimmen durchsetzen.

Was der Bundeskanzler über die Landwirtschaft gesagt hat, scheint uns der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft zuwenig Rechnung zu tragen. Gerade die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß es hier dringendste Probleme zu lösen gibt. Deshalb haben wir unseren umfassenden Antrag auf Erlassung eines Landwirtschaftsgesetzes, das die Preise und den Absatz sichert und die Rationalisierung unserer Landwirtschaft ermöglicht, neuerlich eingebracht.

Die Erklärung des Bundeskanzlers, daß die Ausnahmegesetzgebung unseres Landes abgebaut werden soll, haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wir wollen nun sehen, ob diesen Worten, die wir nur allzuoft gehört haben, nun auch die Taten folgen werden. Denn man kann so lange nicht von einer ausgeglichenen, gesunden Demokratie und von Rechtsstaatlichkeit sprechen, solange es derartige Ausnahmegesetze gibt.

Darüber hinaus wird es aber notwendig sein, daß die nach dieser Gesetzgebung erfolgten Urteile und Entscheidungen einer Revision unterzogen werden. Vor allem aber fordern wir den Bundeskanzler auf, daß er bei den Alliierten endlich einmal die Zustimmung zu den einstimmig beschlossenen Amnestiegesetzen durchsetzt. (*Beifall bei der WdU.*)

Zusammenfassend möchte ich zu dieser Regierungserklärung, die mir mehr eine Erklärung Raabs als eine Erklärung der ganzen Koalitionsregierung zu sein scheint, das eine sagen: Wir werden unser Verhalten zu dieser Regierung nicht von den schönen Worten und Versprechungen, die wir schon so oft gehört haben, abhängig machen, sondern nur von ihren Taten. Ein Vertrauen können wir ihr schon wegen ihrer personellen Zusammensetzung nicht schenken. Denn einige Personen, die hier aufscheinen, haben durch ihr bisheriges Verhalten einen Ungeist und eine undemokratische Haltung an den Tag gelegt, die uns von vornherein mit Mißtrauen erfüllen muß.

Was die Arbeit im Parlament betrifft, so geben wir hier die Erklärung ab, daß es für uns keine einseitige Bindung gibt. Wir kennen nur die Bindung an unser Programm. Es kann jede der beiden großen Parteien, wenn

sie Anträge stellt, die unserem Programm entsprechen, mit uns eine Mehrheit erringen. Aber sie mögen von Anfang an zur Kenntnis nehmen, daß diese Gesetzesanträge vor allem darauf gerichtet sein müssen, daß sie erstens der Arbeitsbeschaffung, und zwar vor allem für die Jugend, zweitens dem Wohnungsbau, drittens der Valorisierung, viertens der Steuer-senkung und schließlich der vom Staat garan-tierten Rentensicherung oder, wenn Sie es so nennen wollen, der Volkspension dienen. (*Abg. Dr. Pittermann: Prost, Herr Finanz-minister! — Zwischenruf bei der WdU: Das sind ja Ihre Wahlversprechen! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Pittermann: Aufruhr im Wasserglas!*)

Ich erkläre dies mit Absicht hier vor vielen tausenden Zuhörern des österreichischen Rund-funks (*schallende Heiterkeit bei den Sozialisten*), damit nicht wieder die eine Partei erklärt: ja, wir hätten schon gewollt, aber der böse Koalitionspartner war nicht gewillt, mit uns zu gehen. (*Ruf bei der SPÖ: Kraus, der Rundfunkkomödiant!*) Sie können sich bei diesen klaren Forderungen nun nicht hinter einem gar nicht mehr bestehenden Koalitionspakt verschanzen, sondern müssen endlich einmal Farbe bekennen. Auf diese Weise würde nun endlich wieder das bisher verhinderte natürliche Spiel der demokrati-schen freien Willensbildung ins Parlament einziehen. Wir sind stolz darauf, daß gerade wir dieser Wiederkehr der Demokratie zum Siege verhelfen und damit unseren Staat vorwärtsbringen können (*Heiterkeit bei den Sozialisten*), diesen Staat, dem jede unserer Initiativen, aber auch unsere Kritik schon bisher gedient hat und auch in Zukunft weiter dienen wird. Es gibt keinen Machtfaktor innerhalb oder außerhalb dieses Landes, der uns in dieser Aufgabe irremachen könnte, der uns weismachen könnte, daß Kritik und Opposition, diese Grundelemente jeder wirklich freien Demokratie, ein Beweis mangelnder Staatsbejahung sein sollten. Es wird niemandem gelingen, uns künstlich durch solche Erklärun-gen zu einer Ablehnung dieses Staates aufzu-hetzen, auch wenn es das Staatsoberhaupt selbst ist, dieser Bundespräsident, der in parteiegoistischer Verblendung durch solche Erklärungen seiner Partei einen taktischen Vorteil zuschanzen wollte. Wir sind und bleiben in unserer Kritik, in unseren Anträgen und auch in unseren Entscheidungen, wer die Mehr-heit gewinnen soll, nur der einen Aufgabe verpflichtet: daß die Bevölkerung Österreichs wieder aus der Not dieser Nachkriegszeit und des unheilvollen Zweiparteien-Systems und seiner Proporzwirtschaft herausfindet! (*Leb-hafter Beifall bei der WdU.*)

Präsident: Als nächster Redner, und zwar als Proredner, hat sich Dr. Gorbach zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Gorbach: Hohes Haus! Ich habe das Bedürfnis, hier zu erklären, daß ich mich bemühen werde, meine Ausführungen mit weniger Lautstärke vorzutragen. Ich glaube, man hat dabei den Vorteil, sachlicher zu wirken und darüber hinaus zu vermeiden, daß die Zuhörerschaft im Affekt zu Äußerungen hin-gerissen wird. Es macht sich das gerade heute bei diesem Anlasse nicht besonders günstig.

Die Österreichische Volkspartei, als deren Sprecher hier zu fungieren ich die Ehre habe, nimmt die Erklärung der Bundesregierung zustimmend zur Kenntnis. Ich sage mit Nachdruck: die Erklärung der Bundesregierung, nicht die des Herrn Bundeskanzlers. (*Abg. Hartleb: Hört! Hört!, Pittermann!*) Dies deshalb, weil es in der ersten und zweiten Legislaturperiode der Zweiten Republik man-chesmal Usus wurde, die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen oder für die Nicht-erfüllung gewisser Programmpunkte der Regie-rung unserer Partei, der Österreichischen Volkspartei, anzulasten.

Die Bundesregierung hat sich in vielen, von tiefem sittlichem Ernst getragenen Ver-handlungen auf ein sehr umfangreiches Arbeits-programm geeinigt. Diese sicherlich sehr schwierigen Aufgaben zu meistern, setzt auf-rechte Koalitionsgesinnung und tiefes Ver-antwortungsbewußtsein für Volk und Staat voraus. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Ich erinnere mich gerade in diesem Zu-sammenhange einer seinerzeit von der sozialisti-schen Seite kommenden und wohl registrierten Äußerung: „Koalition ja — Koalitionsgesinnung aber nein!“ (*Zwischenrufe des Abg. Doktor Kraus.*) Ich habe das als eine sehr ver-einzelte Erscheinung damals zur Kenntnis genommen. Ich habe mich aber bei den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Pittermann heute außerordentlich bedrückt gefühlt, denn ich war der Meinung, daß er jedenfalls von den Verpflichtungen eines Koalitionspartners eine andere Auffassung habe. (*Lebhafte Zu-stimmung bei der Volkspartei.*) Demokratie bedeutet wohl für uns alle Verantwortung, Verantwortung auch bei Entscheidungen im Staate, die unpopulär sind, weil sie Opfer und Lasten einzelner im Sinne höherer Interessen im Gefolge haben. Die Österreichische Volks-partei hat sich in der Vergangenheit dieser Verantwortung niemals entzogen. Wir haben seit 1945 immer wieder dem Aufbau unseres Staates gedient, wir haben dadurch geordnete Zustände in Österreich erreicht und ermöglicht, daß heute dieses Land den meisten Schichten

der Bevölkerung Brot und Arbeit in ausreichendem Maße sichert.

Und wenn nunmehr der Herr Vizekanzler Dr. Schärp anlässlich seiner jüngsten Abreise von Paris, wie ich es der Presse entnommen habe, die Erklärung abgegeben hat, daß es sich bei der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in diesem Hause in Zukunft um eine dauerhafte Koalition handle, so möchte ich diese Äußerung gerne nach der Richtung interpretieren, daß wir hierin einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der Vergangenheit erblicken dürfen.

Doch die Botschaft des Herrn Dr. Pittermann hörte ich, und mir wird so schwer der Glaube! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Das geht uns auch so!*) Wie formulierten Sie vor wenigen Tagen und Wochen eine Überschrift eines Aufmachers in Ihrer Presse? „Mit Raab, trotz Raab“. Daß Sie sich schließlich trotz allem zum „Mit“ entschlossen haben, möge freundschaftliche Aspekte eröffnen; ich habe sie jedenfalls als solche empfunden. Mögen Sie halten, was Sie versprechen, und möge doch Dr. Pittermann heute in dem politischen Tonfilm nur die Geräusche gemacht haben! (*Heiterkeit und Beifall bei ÖVP und WdU. — Abg. Dr. Pittermann: Laßt den Gorbach plätschern!*)

Die jüngst erfolgte österreichische Regierungsbildung war verschiedenen Mutmaßungen und Kommentaren ausgesetzt, und es fehlte nicht an Versuchen, diese Regierung als eine bloße Fortsetzung der alten Politik darzustellen und zu behaupten, es hätte sich ja nichts geändert, außer in der Person des Bundeskanzlers. Ich glaube, daß jene, die so reden und schreiben, in die Irre gehen. Es soll sich und wird sich meiner Meinung nach um einen neuen Abschnitt der österreichischen Innenpolitik handeln, und dieser Umschwung, wie wir ihn bezeichnen wollen, hat nichts mit der Frage zu tun, ob nun mehr links oder mehr rechts regiert wird, sondern er soll eine Periode der Realpolitik und der wirtschaftlichen Konsolidierung kennzeichnen, die der neue Bundeskanzler Ing. Raab einleiten soll.

Es liegt ein Vergleich mit der Geschichte der Ersten Republik nahe, wo durch das Zustandekommen der Völkerbundanleihe die Stabilisierung der Währung verwirklicht wurde. Eine uferlose Inflation wie damals blieb der Zweiten Republik erspart, nicht zuletzt durch die Arbeit und die zähe Festigkeit der früheren Regierungen unter der Führung des mehr als sieben Jahre im Amt gewesenen Bundeskanzlers Ing. Figl. (*Starker Beifall bei der ÖVP. — Abg. Honner: Der Seipel-Kurs und die Dollfuß-Straße!*)

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht unterlassen, seiner einmaligen Leistung zu gedenken. In schier aussichtsloser Situation im Jahre 1945, vor Schutt und Trümmern stehend, hat er sich unter aufopfernder Hintansetzung seiner persönlichen Bequemlichkeit und Gesundheit dem österreichischen Volke zur Verfügung gestellt und in einer Gratzwanderung das österreichische Volk aus den Wirnissen des Jahres 1945 bis in unsere Zeit geführt. Diese Aufgabe hat Dr. Ing. Figl vorbildlich gelöst. Dafür spreche ich ihm als Sprecher der Österreichischen Volkspartei von dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank aus. (*Starker Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben in der Vergangenheit, und in den letzten Jahren immer mehr, den Vorwurf gehört, daß das Parlament sich freiwillig entmannt hat und sich zu einer bloßen Abstimmungsmaschine erniedrigt hätte. (*Zustimmung bei der WdU.*) Diese Behauptung wurde umso unangenehmer empfunden, als manches Wahre damit gesagt wurde. (*Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen.*) Wir verbinden mit der neuen Ära die Hoffnung, daß die letzte Entscheidungsgewalt dem Parlament wieder zurückgegeben wird und es so seiner eigentlichen Bestimmung wieder gerecht werden kann. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ebenbichler: Höre, Pittermann! — Abg. Dr. Pittermann: Selbstverständlich! Aber nur mit uns!*)

Meine Frauen und Herren! Sie stimmen mir doch zu in der Meinung, daß es in den letzten acht Jahren durchaus unbefriedigend war, wenn Entscheidungen über vordringliche wirtschaftliche oder kulturpolitische Probleme auf Grund doktrinäer Gegensätze darin gesucht wurden, sie einfach nicht zu lösen. Es wird sich zeigen, ob die politische Klugheit der Mitglieder der Regierung und der maßgeblichen Parteien diese letzte Instanz häufiger oder weniger häufig in Anspruch nehmen müssen.

In der Wertordnung aller Probleme, die uns in diesem Lande bewegen, rangiert wohl an erster Stelle die österreichische Freiheit. Es ist daher verständlich, daß diese Frage in der Regierungserklärung einen so vornehmen Platz einnimmt. Wir dürfen hier der Regierung Dank sagen, daß sie in der Erklärung diese dringendste und entscheidendste Frage an die Spitze gestellt hat. Auch der neue Nationalrat wird sich an verschiedene Beschlüsse des alten Nationalrates, die in dieser Frage gefaßt worden sind, anschließen und halten.

Wir begrüßen vor allem die Forderung der Regierung nach Erreichung des Staatsvertrages und damit des Rechtes unserer Bevölkerung, als freies und kulturell hochstehendes Volk in der Gesamtheit der Nationen anerkannt und gewertet zu werden. Es ist schon mehrmals

von dieser Stelle aus darauf verwiesen worden, daß Österreich nicht zu den kriegführenden Staaten gehört hat, und gerade wir haben durch den Ablauf dieser acht Jahre, nicht zuletzt durch die innerpolitische Entwicklung im Wege des Zusammenarbeitens der großen demokratischen und politischen Kräfte in Österreich den Beweis erbracht, daß wir für die friedliche Entwicklung der Nationen in der Welt einen wertvollen, aktiven und positiven Faktor darstellen und dies auch in Zukunft sein werden.

Das österreichische Volk hat ein Recht auf diesen Staatsvertrag und die Beseitigung dieses viersprachigen Protektorats. Wir wollen frei werden, wir wollen, daß die fremden Truppen abgezogen werden, wir wollen, daß Österreich als wertvolles Mitglied in die internationale Völkerfamilie aufgenommen wird. Und wir werden nachgerade müde, immer wieder mit wenig oder gar keinem Erfolg an das Gewissen unserer Befreier und an das der Weltöffentlichkeit zu appellieren. Doch Schweigen wird allzu gerne als Verzicht gedeutet, und Gewohnheit führt sehr leicht zur Aufgabe. Wir werden daher immer wieder und bei jeder sich schickenden Gelegenheit unser Recht verlangen, wir werden auch immer wieder protestieren gegen alle Barbarei und gegen alle Gewalttätigkeit auf dem Boden unseres Landes, ob es sich um Menschenraub oder um Verschleppung in der östlichen Zone oder um Gewalttaten alkoholisierter ausländischer Soldaten in der westlichen Zone handelt. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Wir werden auch weiterhin auf die drückenden Besatzungslasten hinweisen, die von uns beglichen werden mußten und bereits mehr ausmachen, als uns im Wege westlicher Hilfe insgesamt zuteil geworden ist. Die Besatzungsmächte können uns dadurch die größte Hilfe erweisen, indem sie einmal aufhören, uns etwas zu nehmen.

Die Vermutungen über die Hintergründe der alle Welt überraschenden Maßnahmen des Kremls sind Legion. Wenn auch die ganze Welt die Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, so dürfte es doch kaum Menschen geben, die so unmittelbar an diesen Ereignissen interessiert sind wie die Männer und Frauen in diesem Lande. Was immer in Moskau vor sich geht, ob die Ereignisse der letzten Tage der Ausdruck eines Gesinnungswechsels sind oder um was immer es sich sonst dabei handelt, es besteht in Österreich die Hoffnung auf eine Änderung des Status quo. Und dieser Status quo ist für Österreich geradezu unerträglich geworden. Durch die letzte Entwicklung ist der schon schier vergessene Staatsvertrag in allen Herzen und Hirnen unserer österreichischen Bewohner wieder

lebendig geworden, jener Staatsvertrag, auf den Österreich jetzt schon fast acht Jahre vergeblich wartet. All das steht jetzt wieder auf der Tagesordnung. In Wien wurden im Laufe der Geschichte schon viele Taten des Friedens verwirklicht. Vielleicht setzt Moskau eine neue hinzu.

Die Regierungserklärung spricht weiter von der begrüßenswerten Absicht, das Verhältnis zu allen unseren Nachbarstaaten friedlich zu gestalten. Ohne einen unserer Nachbarstaaten namentlich anzuführen, legt sie Wert darauf, zu allen korrekten wirtschaftlichen Beziehungen zu unterhalten und die gegenseitigen kulturellen Interessen zu fördern. Darin ist auch Deutschland eingeschlossen, was ich mit besonderer Genugtuung hervorheben möchte. Allzu lange haben Ressentiments aus dem Jahre 1938 beziehungsweise 1945 verhindert, daß man beiderseits die Fenster geöffnet und als gleichberechtigte Partner das Gespräch wieder in Gang gebracht hätte. Durch die grundsätzliche Betonung unseres unverrückbaren Willens zur Aufrechterhaltung unserer eigenen Staatlichkeit wollen wir zum Ausdruck bringen, daß auf diese Weise unseren gegenseitigen Interessen am besten gedient ist. Wir wollen aber auch nicht zurückhalten mit dem Gefühl der Genugtuung, das uns über den wirtschaftlichen Fortschritt der Deutschen Bundesrepublik und das gesteigerte Ansehen dieses Staates in der freien Welt beseelt. Könnte es denn anders sein, wo wir die gleiche Sprache sprechen und einander verbunden sind durch die Gemeinsamkeit einer ehrwürdigen Kultur und einer ruhmreichen Geschichte?

Was die Innenpolitik anlangt, so ist in der Regierungserklärung auf die wirtschaftlichen Maßnahmen, die getroffen werden sollen, hingewiesen worden. Es muß anerkannt werden, daß schließlich und endlich alle arbeitswilligen Menschen hier in Österreich, mögen sie diesen oder jenen Berufen angehören, die sichere Möglichkeit haben müssen, Brot und Verdienst zu finden. Die Herstellung dieses Zustandes bedarf nicht geringer Anstrengung. Arbeitslosigkeit ist jene Geißel, die von der Bevölkerung am allerärgersten empfunden und am allermeisten befürchtet wird und unter der nicht nur die direkt Betroffenen zu leiden haben, sondern auch Industrie, Gewerbe und Handel, für die der Arbeitslose kein vollwertiger Konsument mehr ist.

Es ist eine offensichtliche Verdrehung der Tatsachen, wenn dem Finanzminister Doktor Kamitz auf Grund seiner Stabilisierungsbemühungen die Schuld an der in den Wintermonaten gesteigerten Arbeitslosenzahl zugeschoben worden ist. Erstens hat das Kamitz-Budget für 1953 höhere Investitionen vor-

gesehen gehabt als für das Jahr 1952, und zweitens ist ja bekanntlich der Kamitz-Entwurf infolge der Regierungskrise gar nicht in Kraft getreten. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, und zwar vor allem im Bereiche der Fertigwaren- und Exportindustrie, die allein imstande ist, Arbeitsplätze im größten Ausmaß zu schaffen.

Diese Industrie wurde aber in der Vergangenheit auf Grund der bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht in dem Maße gefördert, als es wünschenswert erschien. Durch die schleichende Geldentwertung der Lohn- und Preisabkommen sind wir auf vielen Gebieten konkurrenzunfähig geworden. Deshalb kann die Arbeitslosigkeit nur durch die Stabilisierung wirksam bekämpft werden. Die Stabilisierung selbst beruht auf einer auf den Ausgleich des Budgets gerichteten Finanzpolitik und einer den Gegebenheiten angepaßten Kreditpolitik. Durch die Stabilisierung wird das Vertrauen in die Währung hergestellt. Mit der Stabilisierung sind die Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktivität gegeben. Der Kampf um den Absatz zwingt den Unternehmer, zu rationalisieren, um auf diese Weise seine Produktion zu verbilligen; das Interesse aber an der Erhaltung des Arbeitsplatzes veranlaßt hinwiederum die Arbeitnehmer zu guten und erhöhten Leistungen.

Die Bemühungen um die Wiederherstellung des Vertrauens in die Stabilität der Währung sind, wie wir ja alle selbst an gewissen Umständen und Beispielen feststellen können, nicht ohne Erfolg geblieben. Die Spareinlagen steigen, der Sparwille der Bevölkerung wurde also wieder geweckt. Das Vertrauen des Auslandes in die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs ist gefestigt. Wir merken es wohl alle: Ist nicht ein Rückstrom des Fluchtkapitals zu verzeichnen? Haben wir nicht eine Festigung des freien Schillingkurses? Hat sich nicht das Agio des Dollarkurses verringert? Und dergleichen mehr.

Hiemit sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anleihepolitik gegeben. Dieser Gedanke hat im Regierungsprogramm seinen Ausdruck gefunden. Er läßt sich in folgende Schlagworte zusammenfassen: Wirtschaftliche Expansion und hoher Beschäftigtenstand bei stabiler Währung.

Der Beschäftigtenstand hängt weitgehend von der Investitionsquote ab. Je mehr investiert wird, desto mehr Leute finden Arbeit. Bisher wurden die Investitionen aus folgenden Quellen gespeist: aus der Auslandshilfe, den sogenannten Counterpart-Freigaben, zweitens aus der Selbstfinanzierung, drittens aus dem Budget, also durch Steuergelder, und viertens durch Bankkredite. Die Auslandshilfe ist — wie Sie ja wissen — im Versiegen, die Mög-

lichkeit der Selbstfinanzierung seit der Stabilisierung begrenzt. Eine Forcierung der Selbstfinanzierung wäre im übrigen bedenklich, weil sie keine Gewähr für die richtige Auslese der Investitionsvorhaben und Proportionierung der Produktionsmittel gibt. Es bleibt somit die Finanzierung aus dem Budget und aus den Banken. Beide Methoden sind aber inflationär.

Die Belastung des Staatshaushaltes mit der Investitionsfinanzierung führt zur Übersteuerung. Der Wirtschaft werden die Mittel entzogen, die sie zur Durchführung ihrer eigenen Investitionsprojekte braucht. Die Arbeitsbeschaffung kann sich somit nur vom privaten auf den öffentlichen Bereich verlagern. Der beschäftigungspolitische Erfolg bleibt aus. Die leistungsfeindlichen und produktionshemmenden Auswirkungen der Übersteuerung, die wir auch hier in Österreich feststellen müssen, können sogar zu einer Schrumpfung der Wirtschaft und somit zu Verlusten an Arbeitsplätzen führen. Da der vollständige Ausgleich des Staatshaushaltes bei Belastung desselben mit der Investitionsfinanzierung trotz konfiskatorischer Steuern fast nie gelingt, führt diese Methode zu einer defizitären Gebarung mit der unvermeidlichen Aufblähung des Notenumlaufes.

Die Investitionsfinanzierung durch die Banken hat ähnliche Folgen. Da die Banken für diese Zwecke nur über kurzfristige Depositengelder verfügen, müssen sie, falls sie diese langfristig anlegen, zur Erhaltung ihrer Liquidität immer wieder die Nationalbank in Anspruch nehmen; und die Kreditexpansion der letzten war eine der Hauptursachen und Haupttriebkkräfte der Inflation in der jüngsten Vergangenheit.

Soll wirtschaftliche Expansion mit hohem Beschäftigtenstand und stabiler Währung vereinbart werden, dann müssen neue Finanzierungswege für Investitionen gesucht werden. Die in allen Ländern und zu allen Zeiten gebräuchliche Form ist die Auflage von Anleihen, somit der Einsatz von Spargeldern für produktive Zwecke. Die Voraussetzung für das Gelingen solcher Aktionen ist die Stabilität der Währung. Nur dann wird sich auch im Inland Kapital bilden und die Bereitschaft vorhanden sein, es langfristig anzulegen, nur dann wird das Ausland das notwendige Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben. (*Abg. Ebenbichler: Sehr richtig!*) Über den Weg der Anleihen lassen sich auch die Kosten der Investitionsvorhaben, wie es nur gerecht ist, auf die Schultern mehrerer Generationen verteilen. (*Abg. Ebenbichler: Jawohl!*) Um Kapitalbildung und Kapitalverwendung anzuregen, ist es angezeigt, gewisse Begünstigungen zu bieten. Bei der Kapitalbildung sind Prämien die geeignete Form, bei der

Kapitalverwendung ist die Senkung der Steuern das geeignetste Mittel.

Was nun die Auswahl der Investitionsvorhaben betrifft, so soll das Kriterium die Rentabilität sein. Dieselbe ist bei dem Ausbau der Wasserkräfte in hohem Maße gegeben. Ich denke dabei nur an die Versorgung der heimischen Industrie und an die Möglichkeiten, die sich uns bereits jetzt hinsichtlich des Stromexportes bieten. Der Wohnbau kommt in diesem Zusammenhange nur in sehr beschränktem Umfange in Frage, weil er bei der derzeitigen Mietengesetzgebung unrentabel ist. Anleihengelder müssen einmal verzinst, müssen einmal zurückgezahlt werden, und zwar mit Geld derselben Kaufkraft. Dies ist aus den Erträgen von Wohnhäusern nicht möglich. Aus dem Gesagten ergibt sich wohl schlüssig die Notwendigkeit, im Interesse der Arbeitsbeschaffung Anleihen aufzulegen.

In der Landwirtschaft sehen wir einen der wesentlichen Faktoren unseres wirtschaftlichen Neuaufbaues. Wir fühlen daher in uns die Verpflichtung, die wirtschaftliche Situation in der Landwirtschaft zu sichern und zu festigen. Wir wissen, was der Bauer und die Bauersfrau und ihre Mitarbeiter auf dem Hofe tagtäglich über den Achtsturentag hinausgehend zu leisten haben. Die Struktur der österreichischen Landwirtschaft ist zu mehr als 90 Prozent auf mittel- und kleinbäuerliche Betriebe abgestellt, die als Familienbetriebe geführt werden und daher nicht auf spekulative Konjunkturpreise aus sind, sondern stets nur an stabilen Preisen und Währungsverhältnissen interessiert waren und interessiert sind. Die Vertreter der Landwirtschaft haben daher auch in den vergangenen sieben Jahren stets nur kostendeckende und stabile Preise und niemals die wesentlich höheren Weltmarktpreise verlangt. Die Forderungen der Landwirtschaft wurden zwar in keinem der fünf Lohn- und Preisübereinkommen in dem jeweils berechtigten Ausmaße erfüllt, obwohl die Preise für die meisten landwirtschaftlichen Bedarfsartikel seit dem 3. Lohn- und Preisabkommen Weltmarkthöhe erreicht haben. Und trotzdem, meine Frauen und Herren, wurden die ganzen Jahre hindurch die Bauern, wurde die Landwirtschaft von einer gewissen Seite andauernd als Preistreiber und Profitgeier hingestellt, ja man hat sie sogar in den sozialistischen Zeitungen Saboteur der Wirtschaft genannt, weil sie nicht bereit war, zu Verlustpreisen die Getreideanbauflächen auszuweiten. (*Abg. Widmayer: Das ist nicht wahr!*) Das ist unvergessen geblieben! (*Beifall bei der ÖVP und Zustimmung bei der WdU.* — *Abg. Slavik: Das war ein Ausspruch für den Rundfunk!*) Es wurde ihr als Verbrechen angelastet, wenn sie nicht das letzte Korn Brot-

getreide zu diesen Verlustpreisen auf den Markt gebracht hat.

Und dieser nicht nur agrarfeindlichen, sondern auch volkswirtschaftsfremden Politik gewisser Wirtschaftsstrategen ist es zuzuschreiben, daß Jahre hindurch Millionen Dollar Devisen für den Import des teuren Brotgetreides aufgewendet werden mußten, weil man die Devisen für die billigeren Futtermittel der Landwirtschaft vorenthalten hat. Mit dieser Politik wurden zuerst die aufbauwilligen Kräfte der Landwirtschaft nicht nur gelähmt, sondern auch die Produktionsleistungen Jahre hindurch abgedrosselt. Diese agrarfeindlichen Kräfte konnten zwar die Aufbauarbeit der Landwirtschaft verzögern, aber niemals verhindern. Es ist der Landwirtschaft in der siebenjährigen Aufbauarbeit gelungen, die Ernährung bereits wieder bis 75 Prozent aus der eigenen Erzeugung sicherzustellen. Und wenn die Versorgung mit Milch, in Butter, Käse, Fleisch und Eiern, in Zucker, Kartoffeln, Obst und Gemüse fast zur Gänze aus dem Inlande erfolgt, so ist das nicht der Rückständigkeit, sondern den Leistungen der eigenen Landwirtschaft, unserer Bauern und Bäuerinnen zu danken! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Produktionssteigerungsprogramm der Landwirtschaft zielt darauf hinaus, zusätzliche Konsumbedürfnisse in den vorerwähnten Artikeln aus der eigenen Scholle noch herauszuarbeiten und vor allem auch das noch vorhandene Einfuhrmanko in Getreide und Fett noch weiter herabzudrücken. Die im Zuge der letzten Preisregelung erreichte Nachziehung der Getreidepreise ist ohne Belastung des Konsumenten und ohne neue Budgetbelastung durch Verzicht auf Futter- und Düngemittelsubventionen erreicht worden. Damit hat aber die Landwirtschaft einen wesentlichen Teil zur Konsolidierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Preise und Märkte und damit auch zur Entspannung der inneren Lage beigetragen.

Als Erfolg dieser Agrarpolitik ist zu buchen, daß die Marktversorgung mit Brotgetreide gegenüber dem Vorjahr bis jetzt um 85.000 t höher liegt und voraussichtlich den bisherigen Höchststand seit Kriegsende mit 325.000 t erreichen wird.

Dies alles, meine sehr verehrten Herren und Frauen, wurde nicht mit der Zwangswirtschaft, nicht mit der Gendarmerie auf dem Dorfe, sondern lediglich dadurch erreicht, daß der Landwirtschaft endlich auch für Getreide annähernd kostendeckende Preise zuerkannt und die Vertreter der Landwirtschaft nicht daran gehindert wurden, dafür zu sorgen, daß Futtermittel im notwendigen Ausmaße aus dem Auslande eingeführt worden sind.

Die Landwirtschaft hat diese Leistungen trotz unsagbarer Schwierigkeiten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, trotz der Schwierigkeiten der Vierzoneneinteilung, trotz des Verlustes eines wesentlichen Teiles des Viehbestandes, der landwirtschaftlichen Maschinen, der Betriebseinrichtungen, trotz dreijähriger Dürreschäden von 1945 bis 1948 mit einem Arbeiterstand erreicht, der um 60.000 ständige Arbeiter und 20.000 Saisonarbeiter und viele familieneigene Arbeitskräfte niedriger ist als vor 1938. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir begrüßen es daher, daß in der Regierungserklärung zur Bekämpfung der Landflucht unter anderem die Förderung des Siedlungswesens der Landarbeiter als eine besondere Aufgabe herausgestellt worden ist.

Die besondere Aufmerksamkeit der Regierung möchte ich aber bei dieser Gelegenheit auf die Frage der Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft lenken und auf die Notwendigkeit von Maßnahmen hinweisen, welche auf die Sicherung des Absatzes gewisser landwirtschaftlicher Produkte zum Zwecke der Stabilisierung entsprechender Preise abzielen. Der Konsument soll dadurch selbstverständlich nicht höher belastet werden.

Die Mechanisierung auch der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe ist dringend notwendig geworden. Auf diese Frage hat ja auch der Herr Abg. Pittermann angespielt. (*Zwischenrufe.*) Hunderte bäuerliche Maschinengemeinschaften, Herr Dr. Pittermann, funktionieren, soweit ich orientiert bin, sehr gut. Hier wird weiterhin intensive Förderung notwendig sein. Jedoch werden wir das System der Kärntner Maschinenhöfe nicht blind abschreiben, denn es hat auch seine bedenklichen Fehler und Schwächen. (*Abg. Dr. Pittermann: Zuerst gut ansehen, dann reden!*)

Jetzt eine Frage, Herr Dr. Pittermann: Haben Sie hinsichtlich Ihrer Ausführungen bezüglich der Bodenreform bedacht, daß noch mehr als 100.000 ha land- und forstwirtschaftlichen Bodens exterritorial sind? Ein Bodenreformgesetz würde daher vor den Toren der Meierhöfe der USIA-Betriebe haltmachen müssen. (*Abg. Rosenberger: Lassen wir es darauf ankommen! — Abg. Dr. Pittermann: Das ist auch beim Verstaatlichungsgesetz der Fall!*)

Wir sind immer für vernünftige sozialpolitische Maßnahmen gewesen und haben so in der Vergangenheit die soziale Gesetzgebung in Österreich maßgeblich gefördert. Vor allem in der ersten Legislaturperiode hätte keine gesetzliche soziale Maßnahme ohne die ÖVP in diesem Hause auf Grund ihrer absoluten Mehrheit beschlossen werden können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Soziale Zugeständnisse

— und auch das muß einmal gesagt werden — nützen dem Arbeiter aber nur dann wirklich, wenn sie von einer stabilen und ausgeglichenen Wirtschaft getragen werden können. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*) Man wird daher in Zukunft die Sozialgesetzgebung nach der Richtung hin zu prüfen haben, ob gewisse Gesetze in ihrer Auswirkung letztlich nicht gegen den gerichtet sind, für dessen Vorteil sie ursprünglich gedacht waren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Vielleicht ist diese Formulierung abermals der Ausgangspunkt für Angriffe gegen die Österreichische Volkspartei, die man allzu gerne einer unsozialen Politik bezichtigt.

In dieses Kapitel gehört jedenfalls die Rentenfrage. Bald hätte ich darauf vergessen. Wo stand es geschrieben und wo wurde es gesagt, meine Herren, daß wir für Rentenkürzung sind? Niemals hat der Herr Finanzminister eine solche Behauptung aufgestellt. (*Abg. Wallner: Ein Wahlschlager der Sozialisten! — Abg. Altenburger: Maisel war es!*) Er hat nur der richtigen Meinung Ausdruck gegeben, daß ein notleidender Staat nur notleidenden Sozialversicherungsinstituten Unterstützungen geben soll, aber nicht solchen, die Reserven angesammelt haben.

Der Herr Finanzminister hat also nur den Ausgleich angeregt, und das ist verständlich, weil der Steuerzahler nur dort einspringen soll, wo ein echter Notstand ist, und nicht dort, wo ohnedies Überschüsse vorhanden sind. Seine grundvernünftigen Ansichten sind übrigens durch den Bericht des Rechnungshofes, der fast mit den gleichen Worten dasselbe sagt, bestätigt worden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Damit wurde wohl die Wahlparole des Rentenraubes, die auf Furcht und Angst berechnet war, ihres trügerischen Charakters entkleidet. Nichts ist so fein gesponnen, Herr Dr. Pittermann, es kommt doch endlich an die Sonnen!

Bestätigt wird außerdem in der Regierungserklärung, was der Herr Finanzminister schon vor mehreren Monaten ausgesprochen hat, bei Ihnen aber nicht auf Glauben gestoßen ist (*Abg. Proksch: Der Brief des Finanzministers an den Sozialminister!*), daß es Pflicht des Staates sei, nicht nur die Auszahlung der Renten zu sichern, sondern auch ihre Kaufkraft zu erhalten.

Und nunmehr einige Worte zum sozialen Wohnhausbau. Wir haben nichts gegen das Bauen, wir wissen, daß dies ein Anliegen des österreichischen Volkes ist, wir sind nur verschiedener Meinung, wie das bereits einmal der Herr Generalsekretär der ÖVP, Nationalrat Maleta, ausgesprochen hat, über die Grundsätze und über die richtigen Maßnahmen, die zu setzen wären. Ohne die zeitbedingte Notwendigkeit des sozialen Wohnbaues zu be-

streiten, fordert die ÖVP erfolgreich den Bau von Eigenheimen, um den wachsenden jungen Familien das Obdach zu sichern, weil sie hier einen Weg zur Entproletarisierung, zur gesunden Streuung des kleinen Eigentums und zur sinnvollen Stärkung des Sparwillens sieht. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Die Frage der Kinderbeihilfe über den Kreis der Unselbständigen hinaus in Stadt und Land ist ein ernstes Anliegen, dem wir größte Aufmerksamkeit zuwenden werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In kultureller Beziehung bekennen wir uns zur traditionsgemäßen Einstellung der Mehrheit unseres Volkes. Die unvergänglichen Werte, die schon seit 2000 Jahren der Menschheitsentwicklung Gepräge und Richtung gegeben haben, sind für uns heilige Güter. Aus diesen Quellen wurde das Wesen dieses Landes gestaltet. Als unsere Aufgabe erscheint es uns daher, diese in Österreich zu achten und notfalls zu schützen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Reihe von Forderungen christlicher Kulturpolitik hat die Österreichische Volkspartei in der Zeit von 1945 bis heute zur Erfüllung gebracht. Ein befriedigendes Volksbildungsgesetz allerdings konnte von der Österreichischen Volkspartei trotz aller an Zwischenfällen reichen Bemühungen nicht durchgesetzt werden. Wir konnten zwar den sozialistischen Antrag des Herrn Abg. Neugebauer auf vollkommene Privatisierung des christlichen Volksbildungswesens und damit den Ausschluß von jeder staatlichen Subventionierung abwehren, bisnun aber scheiterte der wohlgemeinte Versuch der ÖVP, für die konfessionellen Privatschulen die ohnedies bescheidene Subventionierung flüssigzumachen. Gewissenhafte und kirchentreue katholische und evangelische Eltern müssen also aus ihren Steuerleistungen die bestehenden Schulen erhalten und für die Erziehung ihrer eigenen Kinder ein zweites Mal Schulgeld zahlen. Wir werden sehen, ob der ÖVP-Entwurf eines modernen Schul- und Erziehungsgesetzes einen gangbaren Weg zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage in der nächsten Zeit weist.

Und nunmehr komme ich zum Schlusse und möchte eines noch festgehalten haben: Die Österreichische Volkspartei wird die neue Regierung bei allen schwierigen Fragen der kommenden Tage getreu unterstützen. Vor allem aber will sie dem Kanzler treue Gefolgschaft leisten. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* Wir kennen in ihrer ganzen Größe die Verantwortung, die der Kanzler und seine Mitarbeiter auf sich genommen haben. Möge es dem Kanzler mit seinen Mitarbeitern gegönnt sein, den Leidensweg Österreichs zu beenden, damit wir alle den Zeitpunkt erleben,

von dem in der Regierungserklärung die Rede ist, nämlich daß auf österreichischem Territorium nur mehr eine Fahne zu sehen ist, und zwar das siegreiche, ruhmreiche Signum unseres Vaterlandes: die rot-weiß-rote Fahne! *(Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der ÖVP. — Redner wird beglückwünscht.)*

Präsident **Böhm** *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner gelangt zum Wort der Herr Abg. Hartleb.

Abg. **Hartleb**: Hohes Haus! Die heutige Sitzung bringt, wie Sie ja alle wissen, eine Wendung in der Geschichte des österreichischen Parlaments. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber keine Kehrtwendung, wie Sie glauben!)* Herr Doktor, unterbrechen Sie mich nicht! Sie wissen, ich bin gewöhnt, meine Reden auswendig zu lernen. Wenn Sie mich stören, bringen Sie mich aus dem Konzept. *(Schallende Heiterkeit.)*

Zum ersten Mal wird heute eine Übertragung aus dem Parlament durchgeführt, und die Aufteilung dieser Übertragungszeit sollte eigentlich, wenn es nach dem Wunsch der „echten Demokraten“ hier von der Linken gegangen wäre, nach dem Proporz durchgeführt werden. Am liebsten wäre es ihnen gewesen, wenn die Opposition eine Viertelminute Redezeit bekommen hätte; dann hätten sie sich siegesbewußt gefühlt und hätten die Zuversicht gehabt, daß es ihnen gelingt, in 45 Minuten mehr zu sagen, als man in einer Viertelminute widerlegen kann. *(Abg. Dr. Pittermann: Auswendig gelernt widerlegen kann!)* Ich habe nun nicht das Glück, wenn man es so nennen darf, daß meine Rede heute übertragen wird. Deshalb bin ich an keine Redezeit gebunden. Ich tröste mich mit dem Sprichwort: Dem Glücklichen schlägt keine Stunde. *(Heiterkeit.)*

Die Erklärung, die gestern abgegeben worden ist und die heute den Gegenstand der Debatte bildet, die in den Zeitungen und von der Mehrheit der Bevölkerung als Regierungserklärung angesehen wird, vom Herrn Dr. Pittermann aber wiederholt als Erklärung des Herrn Bundeskanzlers klassifiziert worden ist, soll der Gegenstand der Auseinandersetzungen sein. Ich bin aber der Meinung, daß sich bei einer solchen Gelegenheit nicht nur die Gelegenheit bietet, zur Regierungserklärung zu sprechen, sondern daß man auch zur politischen Situation etwas sagen kann *(Abg. Dr. Pittermann: Eigentlich sollte der Präsident zur Tagesordnung reden!)*, und von diesem Recht, Herr Dr. Pittermann, möchte ich Gebrauch machen.

Ich glaube, es war nach keiner Wahl in Österreich noch so, daß die Frage, was die Wähler mit ihrem Votum eigentlich gewollt

haben, so viel erörtert wurde, wie es im Jahre 1953 der Fall gewesen ist. Besonders die SPÖ war es, der der Wille der Wähler Tag und Nacht am Herzen und wahrscheinlich auch in den Träumen gelegen ist. Sie haben natürlich bei der Deutung ihrer Träume die Auslegungen gesucht, die für sie am günstigsten waren oder wären, wenn sie richtig wären. Meiner Meinung nach braucht man sich den Kopf nicht allzusehr zu zerbrechen, was die Wähler gewollt haben. (*Abg. Weikhart: Das wissen wir schon! — Heiterkeit.*) Es ist ganz klar. Haben Sie doch den Mut! Sie werden sehen, daß ich absolut bei der Wahrheit bleibe. (*Erneute Heiterkeit.*) Es ist ganz klar und ohne jeden Zweifel (*andauernde Zwischenrufe*) . . .

Präsident **Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abg. **Hartleb** (*fortsetzend*): . . . daß die Wähler gewollt haben, daß die KPÖ keine Mehrheitspartei in Österreich ist. Dasselbe gilt vom VdU, genau dasselbe gilt aber auch von der SPÖ. Es tut mir leid, aber wenn ich bei der Wahrheit bleiben will, muß ich dies sagen: Wenn man sie als einzelne Partei nimmt, gilt ganz genau dasselbe auch von der ÖVP. Das ist keine Schande, denn die Demokratie stellt den Grundsatz dar, daß es das Recht der Menschen ist, eine eigene Meinung zu haben und diese Meinung auch zum Ausdruck zu bringen. (*Ruf bei der ÖVP: Gott sei Dank! Früher war das anders!*)

Weitere Grundsätze der Demokratie sind uns ja von den verschiedensten Größen in der Geschichte vorgetragen und gelehrt worden, von Aristoteles angefangen bis Renner. Ich möchte hier nur an eine Rede erinnern, ich glaube, es war die letzte, die der verstorbene Bundespräsident Renner hier in diesem Saale gehalten hat, in der er mit besonderer Betonung den Satz ausgesprochen hat: Niemals vermesse sich das, was Partei, also Teil ist, sich als das Ganze zu fühlen oder zu gebärden. An diesen Satz zu erinnern ist, glaube ich, notwendig, wenn man sich das Verhalten der SPÖ in den Wochen seit den Wahlen vor Augen führt. (*Beifall bei der WdU. — Abg. Dr. Pittermann: Die enttäuschten Ministerkandidaten rühren sich!*)

Wir haben zu unserer Freude — und zu unserer Freude stelle ich es fest — erlebt, daß an die Spitze mancher Erklärungen, die gestern und heute hier abgegeben worden sind, das Bekenntnis zu Österreich gestellt worden ist und daß man zum Ausdruck gebracht hat, daß es der einhellige Wunsch der österreichischen Bevölkerung ist, daß dieses Land frei werde und daß uns die Besatzungsmächte verlassen mögen. Ich würde mich noch weit

mehr über diese Beteuerungen freuen, wenn wir nicht erlebt hätten, daß einzelne politische Gruppen in Österreich diesen Umstand, daß wir ein besetztes Land sind, dazu zu mißbrauchen suchten, ihre innerpolitische Macht zu festigen, andere Gruppen zu diffamieren und die Besatzungsmächte vielleicht dazu zu gewinnen, daß sie sich gegen die Mitarbeit von Gruppen, die sich im Inland einwandfrei verhalten haben, aussprechen. (*Abg. Doktor Kraus: Widmayer!*) Ich habe schon einmal hier in diesem Hause erklärt, daß es so ist . . . (*Abg. Dr. Kraus: Landesverrat ist das! — Gegenrufe und ironische Heiterkeit bei den Sozialisten.*)

Präsident **Böhm**: Bitte um Ruhe, meine Herren! Der Redner kann sich überhaupt nicht verständlich machen.

Abg. **Hartleb** (*fortsetzend*): Ich habe Zeit. Ich habe schon einmal, meine Damen und Herren, hier erklärt, daß es in Österreich so ist, daß Neonazismus und Faschismus strafbar sind. Und ich habe damals zu wiederholten Malen alle diejenigen, die der Meinung sind, daß bei uns, beim VdU, wirklich derartige Dinge vorliegen, eingeladen, ihrer Pflicht zu entsprechen, die dieses selbe Gesetz ausspricht: zum Staatsanwalt zu gehen und die Anzeige gegen uns zu erstatten. Ich habe allerdings damals hinzugefügt: Wenn sie dazu nicht in der Lage sind, dann müssen sie gefälligst das Maul halten! (*Beifall bei der WdU. — Abg. Rosenberger: Das ist sehr agrarisch ausgedrückt! — Abg. Dr. Reimann: Aber verständlich!*) Und ich wiederhole diese Aufforderung heute nachdrücklichst.

Wenn die „bedingten Demokraten“ in diesem Staate glauben, daß es von ihnen abhängt, eine Klassifizierung vorzunehmen, daß ihnen das Urteil darüber zusteht, ob wir staatsbejahend sind oder nicht, dann erkläre ich Ihnen eindeutig: Richter sind Sie nicht, Sie sind in diesem Falle ausgesprochen Partei! Und wenn Sie dann ein Urteil haben wollen, dann gehen Sie zum zuständigen Richter und maßen Sie sich nicht das Recht an, selbst ein Urteil zu fällen! Das gilt für alle bedingten Demokraten — mit und ohne Vollbart — in Österreich! (*Beifall bei der WdU. — Abg. Slavik: Sie haben den richtigen Ton für einen Präsidenten des Nationalrates! — Abg. Probst: So spricht der Präsident des Nationalrates! — Weitere Zwischenrufe.*) Ich lasse mir meinen Ton von Ihnen nicht vorschreiben! Ichschreibe ja Ihnen auch nicht vor, was Sie reden dürfen! (*Neuerliche Zwischenrufe.*) Ihr Wunsch würde sein, daß man das alles verschweigt, was Ihnen weh tut. Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß ich Sie an einer wunden Stelle getroffen habe. (*Abg. Dr. Pittermann: Stöhnen Sie weiter! —*

Lebhafte Zwischenrufe und ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Slavik: In dem Alter sollte man nicht mehr erzogen werden müssen!)

Wenn Sie der Umstand, daß ich zum Präsidenten des Hauses gewählt worden bin — bitte: zum dritten, damit Sie nicht vielleicht Ursache zu einer Richtigstellung haben —, so alteriert, dann kann ich Ihnen sagen: Sie sind daran nicht schuld! (*Heiterkeit.*) Sie haben ja alles getan, um meine Wahl zu verhindern. Sie können ruhig schlafen. Überlassen Sie die Sorge und Verantwortung jenen, die mir ihre Stimme gegeben haben. Und wenn es der Herr Dr. Pittermann schon vor lauter Neid fast nicht aushalten kann (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*), dann kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie auch einmal 34 Jahre lang im politischen Leben in Österreich gearbeitet haben (*Abg. Dr. Pittermann: Dann hoffe ich, geistig frischer zu sein als Sie!*), dann werden Sie vielleicht auch einmal Präsident werden! Ausgeschlossen ist es ja nicht. (*Heiterkeit. — Der Redner setzt sich die Brille auf. — Abg. Dr. Pittermann: Augengläser fürs „Auswendiglernen“? — Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Sie tragen sie ja ständig; ich brauche sie nur fallweise. Sie sollten nicht so unvorsichtig mit Ihren Zwischenrufen sein! (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident **Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Ich bitte um etwas Ruhe!

Abg. **Hartleb** (*fortsetzend*): Ich habe Ihnen schon gesagt, daß die SPÖ große Schmerzen gehabt hat, den Willen der Wähler richtig zu deuten. Sie haben vor allem in Ihren Wunschräumen den Eindruck bekommen, daß es unbedingt notwendig wäre, den Umstand, daß Sie ein paar Mandate mehr bekommen haben — zwei davon gehörten ja eigentlich uns ... (*Lebhafte Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ. — Zustimmung bei der WdU.*) Meine Herren! Wenn Sie es noch nicht wissen sollten, dann sage ich es Ihnen (*andauernde Zwischenrufe — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen*): Wenn Sie nicht gegen den Sinn und Geist des Wahlgesetzes die Stimmen, die auf „VdU“ gelautet haben, als ungültig erklärt hätten, dann hätten wir zwei Mandate mehr — und Sie um zwei weniger! Das möchte ich nur so nebenbei bemerken.

Aber ich verstehe schon, daß Sie den Wunsch haben: mehr Mandate, mehr Minister! (*Abg. Dr. Pittermann: Sie haben weniger Mandate und wollten trotzdem einen Minister haben!*) Und wenn ich dem Herrn Bundeskanzler Raab einen Vorwurf nicht ersparen kann, dann ist es der, daß er eigentlich die Gelegenheit gehabt hätte, diese heißen Wünsche wenigstens zum Teil zu erfüllen. Ich hätte mir vorstellen können, daß er beispielsweise zusätzlich und taxfrei dem Herrn Minister Helmer den Titel

eines „Milchkriegsministers“ hätte verleihen können und vielleicht den Herrn Dr. Pittermann zum Staatssekretär des „Milchkriegsministeriums“ hätte ernennen können. (*Abg. Dr. Pittermann: So ein Unglück, daß Sie nicht Bundeskanzler sind! Dann wäre ich Staatssekretär!*) Das hätte dann die Möglichkeit gegeben, sobald sich herausgestellt hat, wie ungeschickt sich der Herr Staatssekretär beim Milchpritscheln benimmt, ihn zum Unterstaatssekretär zu degradieren. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie hätten dann noch immer die Möglichkeit gehabt, diese Scharte dadurch wettzumachen, daß Sie sich so wie heute bemühen, zum „Oberdemagogen“ zu avancieren; denn das war heute Ihr ausgesprochenes Bestreben. Es ist, glaube ich, einzig in der Geschichte eines Staates, daß der Klubobmann oder der Klubobmannstellvertreter einer Regierungspartei zu der Regierungserklärung in einer solchen Weise spricht, wie es der Herr Dr. Pittermann heute getan hat. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: Herr Präsident „Maulhalten“ ruft zur Ordnung!*) Das läßt sich nach meinen schwachen Geisteskräften (*Abg. Weikhart: Er ist bei der Wahrheit geblieben!*) nicht anders klassifizieren als mit dem Ausdruck Demagogie.

Ich möchte mich jetzt aber auch noch kurz mit einer anderen Sache beschäftigen, die in den letzten Wochen meiner Meinung nach eigentlich viel zu oberflächlich behandelt worden ist. Der Herr Vizekanzler Schärf hat neben seinen vielen anderen Aufgaben als Parteiobmann und Vizekanzler und neben dem sicher auch einige Zeit und Kräfte beanspruchenden Bestreben, Suggestivfragen zu formulieren, die man an alliierte Funktionäre stellt, damit sie sich gegen einen Eintritt der WdU in die Regierung aussprechen, sich auch noch mit Bibelforschung beschäftigt. Und diese Sache ist meiner Ansicht nach untergegangen.

Er hat erinnert an ein Kapitel in der biblischen Geschichte, das von der Hagar handelt. Wenn man sich nun doch bemüßt fühlt, derartigen Äußerungen des Herrn Vizekanzlers etwas mehr Gewicht beizulegen, als es die Öffentlichkeit bisher getan hat, dann muß man sich einmal in die Situation hineindenken. (*Abg. Dr. Pittermann: Wessen?*) Die Geschichte mit der Hagar war, wie er richtig dargestellt hat, so, daß einmal eine Ehe bestanden hat zwischen Abraham und der Rebekka. (*Schallende allgemeine Heiterkeit. — Vizekanzler Dr. Schärf: Sarah!*) Ich stelle richtig: Sarah hat sie geheißen! Ich gebe zu, daß ich nicht so bibelfest bin wie der Herr Vizekanzler. (*Neuerliche Heiterkeit.*) Sarah hat sie geheißen. Jetzt ist noch, wenn man nun die Koalitionsehe der Vergangenheit mit dieser Ehe des Abraham und der Sarah vergleicht, die Frage zu klären:

Wer ist der Abraham und wer ist die Sarah? Auch dieses Rätsel hat der Herr Vizekanzler gelöst, indem er sich von Anfang an als Sarah gebärdet hat. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß so etwas wie der Fall Hagar damals im Alten Testament vielleicht üblich und zulässig war, daß man aber doch nicht in der jetzigen Zeit und besonders von einer Seite, wo man die katholischen Sittenregeln stark beachten müsse, etwas Derartiges machen darf, sondern jetzt gäbe es nur mehr die eine Ehe mit der Sarah. Also: die Sarah sind Sie (*auf die Abgeordneten der SPÖ zeigend*) und der Abraham sind die da (*auf die Abgeordneten der ÖVP weisend*) hier. (*Neuerliche lebhafte Heiterkeit.*)

Und nun wird es erst interessant, meine Herren! Das Interessante kommt ja erst! Das, was ich bisher gesagt habe, waren nur die Voraussetzungen. Warum hat nun die Sarah dem Abraham — wie hat sie nur geheißt? — die Hagar zugeführt? Weil sie selber unfruchtbar war! Das ist das Entscheidende. (*Stürmische Heiterkeit.* — *Abg. Dr. Pittermann:* Aber jetzt gibt es künstliche Befruchtung!) Sie selber war unfruchtbar, aus der Ehe ist nichts Gescheites herausgekommen, oder besser gesagt gar nichts, und deshalb hat sie sich gesagt: Wenn die Ehe Früchte bringen soll, muß man schauen, daß es eine Hagar gibt. Dort war also die Absicht eine ganz eindeutige: an die Stelle der Unfruchtbarkeit sollte die Fruchtbarkeit gesetzt werden. Und jetzt ist es so, daß die Sarah die größten Besorgnisse hat, daß etwas Ähnliches geschehen könnte. (*Vizekanzler Dr. Schärp:* Die hat zwölf Kinder gehabt!) Ich weiß, ich weiß, Herr Vizekanzler Schärp, es war bisher so: Wenn Ihnen irgend etwas nicht so geraten ist, wie es die Öffentlichkeit erwartet hätte, so hat die Sarah unschuldig die Achseln gezuckt und gesagt: Mein Mann ist halt nimmer der Jüngste! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Diesen Zustand aufrechtzuerhalten ist nun das Bestreben der SPÖ und des Obmannes derselben, des Herrn Vizekanzlers Schärp. Man muß sich nur vorstellen, was passiert, wenn sich herausstellt, daß bei der Hagar eine Frucht entsteht. (*Vizekanzler Dr. Schärp:* Das war der Ismael!) Wenn da Früchte entstehen können, dann ist ja alles das, was in der Vergangenheit diesbezüglich gesagt worden ist, falsch, dann muß man ja zugeben, daß auch in der vergangenen Ehe der Teil, der Sarah heißt, die Schuld an der Unfruchtbarkeit trägt; und das muß unter allen Umständen vermieden werden.

Deshalb ist das Beispiel aus der Bibel eigentlich ungewöhnlich gut gewählt. (*Abg. Weikhart:* Wenn man das Ihren Wählern vorliest, kriegen Sie noch weniger Stimmen! — *Abg. Horn:* Sie haben ein Glück, daß das nicht im Rundfunk übertragen wird!) Allerdings soll man sich, wenn man solche Forschungen in der Bibel anstellt, nicht den Spaß erlauben, solche

Gedankensprünge zu machen, wie es der Herr Vizekanzler getan hat. (*Abg. Weikhart:* Der Dritte Präsident als Conferencier! Das ist eine Schande!) Man soll bei den Motiven bleiben und soll nicht versuchen, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß es einem dabei um die Sittengesetze geht. Es geht ihm lediglich darum, den Zustand der Unfruchtbarkeit zu verewigen. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Präsident Böhm gibt mehrmals das Glockenzeichen.*) Daß es so war, daß die Früchte ausgeblieben sind — und hier lassen Sie mich ernster werden —, das sehen wir alle auf allen möglichen Gebieten. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Böhm: Meine Herren, ich ersuche um Ruhe!

Abg. Hartleb (*fortsetzend*): Ich brauche Ihnen nur die Arbeitslosenziffern vor Augen zu halten. Sie brauchen sich nur die wirtschaftlichen Verhältnisse vor Augen zu halten, und Sie müssen sich sagen: Hier muß etwas nicht in Ordnung sein. Wenn es nun dem Herrn Bundeskanzler Raab gelungen ist, wenigstens den Zaun zu beseitigen, der den Abraham bisher hindern mußte, eventuell einmal einen kleinen Seitensprung zu machen, wenn das gelungen ist, dann ergibt sich für die Zukunft ja die Möglichkeit, daß mit der Unfruchtbarkeit vielleicht Schluß gemacht wird. Das ist der Grund, meine Frauen und Herren, warum auf den Bänken der Linken eine Nervosität herrscht, die man sonst nicht verstehen könnte. (*Zustimmung bei der WdU.*)

Ich habe versucht, Ihnen klarzumachen, um was es dabei eigentlich geht. Ich bin dem Herrn Vizekanzler Schärp dankbar dafür, daß er ein so passendes Beispiel aus der Bibel herausgesucht hat, und wenn er es wieder einmal macht, werde ich mich bemühen, es wieder entsprechend zu erläutern. (*Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.*)

Präsident Böhm: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Seitens der Bundesregierung sind noch zwei Vorlagen eingelangt, und zwar:

Bundesgesetz über Begünstigungen einer Anleihe der Verbundgesellschaft (Energieanleihegesetz 1953) (10 d. B.) und

Bundesgesetz über die Begünstigung des Sparens (Sparbegünstigungsgesetz) (11 d. B.).

Die Vorlagen samt Erläuternden Bemerkungen sind an die Mitglieder des Hohen Hauses verteilt worden.

Ich weise beide Vorlagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist also angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 22. April, um 14 Uhr statt. Die Tagesordnung wird schriftlich bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 5 Minuten